

Geschäftsbericht 2017

Versicherungskammer Bayern |
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Geschäftszahlen im Überblick

Versicherungskammer Bayern		2017	2016	2015	2014	2013
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts						
Versicherungsbestand:						
Anzahl der Verträge	Tsd.	189,4	187,2	183,8	181,4	179,8
Schäden: Anzahl der gemeldeten						
Schäden	Tsd.	39,9	39,5	42,4	40,9	43,2
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	224,6	215,2	205,2	188,9	182,9
Selbstbehaltquote	%	94,6	95,7	95,5	94,2	95,8
Bilanzielle Schadenquote brutto	%	92,1	89,7	97,6	94,5	96,0
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	Mio. €	-206,9	-193,0	-200,3	-180,2	-175,3
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb brutto	Mio. €	-21,1	-19,4	-18,7	-17,5	-17,6
Kostensatz						
(in % der gebuchten Bruttobeiträge)	%	9,4	9,0	9,1	9,3	9,6
Combined Ratio (brutto) nach GDV	%	101,5	98,4	106,4	103,5	105,4
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. €	197,5	183,8	171,4	161,5	178,5
Nettoverzinsung	%	4,4	4,3	4,1	4,0	4,5
Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)	%	3,9	3,7	4,1	4,7	5,1
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	Mio. €	-26,6	-30,9	-15,4	-6,8	-21,7
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	Mio. €	171,2	161,6	146,2	133,6	145,0
Kapitalanlagen	Mio. €	4.545,3	4.358,7	4.239,0	4.140,6	4.016,5
Versicherungstechnische Rückstellungen brutto	Mio. €	1.662,5	1.555,0	1.471,4	1.395,3	1.337,3
Eigenkapital	Mio. €	2.560,1	2.517,4	2.506,9	2.483,7	2.458,2
Jahresüberschuss	Mio. €	132,3	106,4	108,5	106,8	111,6

Inhalt

2 Gremien

Lagebericht

4 Lagebericht

Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung

32 Bilanz zum 31. Dezember 2017

34 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Anhang

36 Angabe zur Identifikation

36 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

40 Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017

42 Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

47 Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

51 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

54 Sonstige Angaben

57 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

64 Bericht des Verwaltungsrats

65 Impressum

Gremien

Verwaltungsrat

Dr. Ulrich Netzer**Vorsitzender**

Präsident
Sparkassenverband Bayern

Beate Läsch-Weber**Stellvertretende Vorsitzende**

Präsidentin
Sparkassenverband Rheinland-Pfalz

Christian Bernreiter

Landrat
Landkreis Deggendorf
Präsident
Bayerischer Landkreistag

Dr. Uwe Brandl

1. Bürgermeister
Stadt Abensberg
Präsident
Bayerischer Gemeindetag

Dr. Matthias Everding

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Nürnberg
(seit 1. Mai 2017)

Thomas Feußner

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Miltenberg-Obernburg
(bis 30. September 2017)

Ralf Fleischer

Vorsitzender des Vorstands
Stadtsparkasse München

Helmut Käfer

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Kusel

Dr. Ewald Maier

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Forchheim

Karl Novotny

Vorsitzender des Vorstands i. R.
Sparkasse Neumarkt i. d. OPf.-Parsberg
(bis 30. April 2017)

Walter Pache

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Günzburg-Krumbach

Josef Pellkofer

1. Bürgermeister
Stadt Dingolfing

Prof. Dr. Ulrich Reuter

Landrat
Landkreis Aschaffenburg

Jürgen Schäfer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau
(seit 1. Oktober 2017)

Werner Schmiedeler

Vorsitzender des Vorstands i. R.
Vereinigte Sparkassen Stadt und Landkreis Ansbach
(bis 30. April 2017)

Dieter Scholz

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Kelheim

Dieter Seehofer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Ingolstadt Eichstätt
(bis 30. April 2017)

Walter Strohmaier

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Niederbayern-Mitte

Franz Wittmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse im Landkreis Cham
(seit 1. Mai 2017)

Jürgen Wittmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Ingolstadt Eichstätt
(seit 1. Juni 2017)

Staatsbeauftragte**Dr. Rolf Meier**

Ministerium des Innern und
für Sport Rheinland-Pfalz

Michael Ziegler

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Vorstand**Dr. Frank Walthes****Vorsitzender**

Unternehmensplanung, Personal, Revision,
Unternehmensrecht, Zentrales Controlling,
Öffentlichkeitsarbeit, Rückversicherung,
Gesamtrisikomanagement

Barbara Schick**Stellvertretende Vorsitzende seit 1. Januar 2018**

Komposit (Versicherungsbetrieb,
Produktentwicklung, Mathematik, Maklervertrieb,
Technisches Risikomanagement)

Helmut Späth**Stellvertretender Vorsitzender**

Rechnungswesen, Vermögensanlage
und Verwaltung, Unternehmenssteuern
(bis 31. Dezember 2017)

Dr. Harald Benzing

Krankenversicherung

Dr. Robert Heene

Versicherungsbetrieb, Schadens-/Leistungsbearbeitung,
Zahlungsverkehr

Klaus Günther Leyh

Vertrieb und Marketing

Isabella Pfaller

Rechnungswesen, Vermögensanlage und -verwaltung,
Unternehmenssteuern
(seit 1. Januar 2018)

Dr. Ralph Seitz

Lebensversicherung
(Versicherungsbetrieb, Produktentwicklung,
Mathematik)

Dr. Stephan Spieleder

Allgemeine Verwaltung,
Betriebsorganisation, Datenverarbeitung

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, übt zum einen als übergeordnete Gesellschaft die Funktion der Konzernholding aus. Zum anderen betreibt sie in Bayern und in der Pfalz als Erstversicherer das Versicherungsgeschäft mit kommunalen Gebietskörperschaften und sonstigen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und zählt somit zu den Kompositversicherern des Konzerns.

Kommunen und Kirchen haben aufgrund ihrer besonderen Aufgaben und der daraus erwachsenden speziellen und vielfältigen Risiken einen anderen Versicherungsbedarf als die übrigen Kundengruppen. Als Spezialversicherer richtet die Versicherungskammer Bayern ihre Produkte und Geschäftsabläufe konsequent darauf aus.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die Weltwirtschaft zeigte im Jahr 2017 eine anziehende Konjunktur in allen wichtigen Wirtschaftsregionen. Im Euroraum gewann die Wirtschaft weiter an Schwung. Die dynamische Entwicklung wurde dabei vom privaten Konsum getragen und durch einen Anstieg der Investitionen gestützt. Zum Teil ging der Aufschwung auf die immer noch expansive Geldpolitik der Zentralbanken der Industrieländer mit niedrigen Zinsen und Anleihekäufen zurück.

Auch die deutsche Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2017 ein anhaltendes Wachstum. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresvergleich um 2,2 Prozent. Eine wichtige Stütze des konjunkturellen Aufschwungs war weiterhin die starke Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 2,0 Prozent, die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich um 1,4 Prozent. Die Sparquote verblieb gemäß Statistischem Bundesamt mit 9,7 Prozent auf dem Vorjahresniveau. Neben dem Konsum wurde das Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 auch durch den Außenhandel und durch Investitionen gestützt.

Zu der günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt, trug insbesondere die Rekordbeschäftigung mit niedriger Arbeitslosigkeit bei. Nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit verringerte sich die Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 5,3 Prozent. Die Anzahl der Erwerbstätigen erreichte mit rund 44,3 Mio. Personen einen neuen Höchststand. Einen etwas dämp-

fenden Effekt auf die Steigerung der Realeinkommen hatte der Anstieg der Verbraucherpreise um 1,8 Prozentpunkte.

Entwicklung des Kapitalmarkts

Die weltweite Konjunktur hellte sich im Jahr 2017 weiter auf. Protektionistische Tendenzen und geopolitische Konflikte wirkten sich nur moderat nachteilig auf die globale Konjunktur aus.

Die Inflationsraten im Euroraum und in den USA näherten sich aufgrund der positiven Konjunkturentwicklung und der Entwicklung des Ölpreises der 2-Prozent-Marke. Langfristig höhere Inflationsraten werden bislang in der EU bzw. in den USA nicht erwartet.

Die Zinsen in Deutschland lagen aufgrund der expansiven Geldpolitik weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. So bewegten sich Bundesanleihen im Euroraum mit einer 10-jährigen Restlaufzeit im Jahr 2017 zu Zinssätzen zwischen 0,2 Prozent und 0,6 Prozent. In den USA notierten vergleichbare Anleihen während des gesamten Jahres rund 2 Prozentpunkte höher.

Die Entwicklung des Wechselkurses des Euro zum US-Dollar während des Geschäftsjahres war weitgehend unvorhersehbar. Während zu Beginn des Jahres 2017 noch häufig die Parität von Euro zu US-Dollar vorhergesagt worden war, wertete der Euro während des Jahres deutlich auf (+14,0 Prozent). Der Wechselkurs am Jahresende notierte bei 1,20 US-Dollar je Euro.

Die positive konjunkturelle Entwicklung, die expansive Notenbankpolitik und hohe Unternehmensgewinne bewirkten im Geschäftsjahr eine positive Entwicklung der Aktienmärkte. Sowohl der deutsche Aktienmarkt (z. B. Dax) als auch viele US-Aktienindizes verzeichneten im Geschäftsjahr 2017 historische Höchststände und deutliche Gewinne (Dax: +12,5 Prozent; S&P 500: +19,4 Prozent).

Branchenentwicklung

Die deutsche Versicherungswirtschaft bewegte sich im Jahr 2017 in einem günstigen wirtschaftlichen Umfeld mit herausfordernden regulatorischen, politischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die zentrale Herausforderung für die Versicherer ist nach wie vor das anhaltende Niedrigzinsumfeld. Bislang beweist die Branche erfolgreich, dass sie mit ihrer auf Sicherheit und Stabilität ausgerichteten Kapitalanlage

auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner für die Bürger bei der Absicherung der Risiken aus der Sach- und Personenversicherung bleibt.

Neben dem Zinsumfeld stellt die hohe Regulierungsin- tensität, verbunden mit kontinuierlichen Änderungen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, eine große Herausforderung für die Versicherungswirtschaft dar. So wurden im Jahr 2017 z. B. die erforderlichen Veränderungen für die ab dem Jahr 2018 geltenden Anforderungen aus dem Investmentsteuerreformgesetz und aus der EU- Vermittlerrichtlinie (Insurance Distribution Directive) vorbe- reitet. Auch die Umsetzung der Anforderungen des seit dem 1. Januar 2016 gültigen Aufsichtsregimes Solvency II bindet nach wie vor viele Kapazitäten.

Ein weiteres bestimmendes, viele Kapazitäten binden- des Thema im Jahr 2017 war in der Versicherungswirt- schaft die digitale Transformation. Die fortschreitende Digitalisierung bietet neue Chancen zur Erweiterung des Geschäftsmodells sowie zur Erschließung neuer Geschäftsmöglichkeiten.

Im Geschäftsjahr 2017 verzeichneten die deutschen Versi- cherer über alle Sparten hinweg in Summe eine moderate Zunahme der Beiträge. Der Gesamtverband der Deut- schen Versicherungswirtschaft (GDV) geht in einer vorläu- figen Schätzung (Jahrespressekonferenz am 31. Januar 2018) von einem Beitragswachstum in Höhe von insgesamt 1,7 (0,2) Prozent aus.

Die Schaden- und Unfallversicherung setzte ihren Auf- wärtstrend der Vorjahre fort und erzielte ein Beitragsplus in Höhe von 2,9 Prozent. Hierzu trug insbesondere die positive Lage der privaten Haushalte bei, auf die ein Groß- teil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt.

Das Beitragswachstum wurde von nahezu allen Versiche- rungswirtschaftszweigen getragen. Wie in den Vorjahren gingen starke Impulse von den privaten Sachsparten aus. Insbesondere die Verbundene Wohngebäudeversicherung entwickelte sich mit einer Steigerung von 6,0 Prozent deutlich posi- tiv. Die Kraftfahrtversicherung, mit einem Anteil von rund 40 Prozent der größte Versicherungszweig, legte erneut zu und zeigte ein Wachstum von 4,1 Prozent. Die Kredit-, Kautions- und Vertrauensschadenversicherungen zeigten mit 2,0 Prozent einen moderaten Beitragsanstieg, ebenso wie die Allgemeine Haftpflichtversicherung mit 1,5 Prozent.

Die Leistungen der Schaden- und Unfallversicherer erhöh- ten sich im Jahr 2017 nach vorläufigen Schätzungen des GDV gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent. Dabei war das Jahr 2017 wie auch das Vorjahr ein leicht unterdurch- schnittliches Naturgefahrenjahr. Einen deutlichen Anstieg der Leistungen zeigten dabei die Verbundene Wohnge- bäudeversicherung mit 11,0 Prozent und die Kraftfahrt-

versicherung mit 3,6 Prozent. Die Kredit-, Kautions- und Vertrauensschadenversicherungen verzeichneten eine Steigerung der Leistungen in Höhe von 5,0 Prozent, die Leistungen in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung stiegen um 1,5 Prozent.

Die Combined Ratio (brutto) nach GDV, die neben dem Geschäftsjahresaufwand auch das Abwicklungsergebnis umfasst, lag mit rund 95 Prozent auf dem Vorjahresniveau.

Geschäftsentwicklung und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2017 endete mit einem Jahresüber- schuss in Höhe von 132,3 Mio. Euro nach 106,4 Mio. Euro im Vorjahr. Somit traf die Prognose des Vorjahres ein, die von einem deutlich positiven, etwas über dem Niveau des Geschäftsjahres 2016 liegenden Jahresüberschuss ausging.

Die Versicherungskammer Bayern konnte auch im Geschäftsjahr 2017 ihre gute Positionierung im Markt behaupten. Das Wachstum der gebuchten Bruttobeiträge lag mit 4,4 Prozent über dem voraussichtlichen Branchen- wachstum. Das Beitragsplus resultierte wie prognostiziert zu einem Großteil aus dem Haftpflichtgeschäft.

Die Bruttogeschäftsjahresschadenquote lag mit 98,1 (99,3) Prozent unter der des Geschäftsjahres 2016. Die bilanzielle Bruttoschadenquote lag bei 92,1 (89,7) Prozent. Der Kostensatz erhöhte sich etwas auf 9,4 (9,0) Prozent. Die Combined Ratio (brutto) nach GDV belief sich auf 101,5 (98,4) Prozent.

Die Versicherungskammer Bayern erzielte ein versiche- rungstechnisches Bruttoergebnis von -3,3 (3,4) Mio. Euro. Hierzu führte insbesondere die Entwicklung in der Haftpflichtversicherung und in der Vertrauensschadenver- sicherung. Der Rückversicherungssaldo betrug -5,6 (-5,1) Mio. Euro. Somit belief sich das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Schwankungsrückstellung auf -8,8 (-1,7) Mio. Euro. Nach Zuführung zur Schwankungsrück- stellung wurde ein versicherungstechnisches Nettoergeb- nis von -26,6 (-30,9) Mio. Euro erzielt, das damit leicht über dem geplanten Ergebnis lag.

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis (vor Steuern) verbesserte sich von 161,6 Mio. Euro auf 171,2 Mio. Euro. Dabei lag das Kapitalanlageergebnis wie prognostiziert über dem Niveau des Jahres 2016. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen insgesamt erhöhte sich von 4,3 Pro- zent im Vorjahr auf 4,4 Prozent im Geschäftsjahr. Der Auf- wandssaldo aus der sonstigen Nichtversicherungstechnik zeigte einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von -21,5 Mio. Euro auf -25,7 Mio. Euro. Die Steueraufwen- dungen lagen unter dem Vorjahreswert.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 4,4 Prozent auf 224,6 (215,2) Mio. Euro. Das Wachstum resultierte zum Großteil aus individuellen Beitragsanpassungen in der Haftpflichtversicherung und einem Bestandwachstum in der Kraftfahrzeug-Haftpflicht- und der Fahrzeugvollversicherung. Für den eigenen Rückversicherungsschutz wurden 12,2 (9,3) Mio. Euro aufgewendet. Dies entsprach einer Selbstbehaltquote von 94,6 (95,7) Prozent.

Bestand

Die Anzahl der Versicherungsverträge stieg auf 189.409 (187.209) an. Der Anstieg resultierte wie im Vorjahr im Wesentlichen aus der Kraftfahrzeug-Haftpflicht- und Fahrzeugvollversicherung.

Versicherungsleistungen

Die Anzahl der im Geschäftsjahr gemeldeten Schäden (Geschäftsjahresschäden und Spätschäden) stieg leicht an und belief sich auf 39.911 (39.528) Fälle. Der Anstieg ließ sich im Wesentlichen in den Versicherungszweigen Kraftfahrzeug-Haftpflicht- und Sonstige Kraftfahrtversicherungen auf das Bestandwachstum zurückführen.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres beliefen sich auf 220,3 (213,8) Mio. Euro. Die gesamten Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle stiegen auf 206,9 (193,0) Mio. Euro. Diese Veränderungen resultierten größtenteils aus der Haftpflichtversicherung.

Kosten

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb stiegen auf 21,1 (19,4) Mio. Euro. Der Abschluss- und Verwaltungskostensatz lag mit 9,4 (9,0) Prozent leicht über dem Vorjahresniveau.

Geschäftsverlauf nach Versicherungszweigen

Beitragsentwicklung gebuchte Bruttobeiträge	Geschäftsjahr		Vorjahr	Veränderung	
	Mio. €	%			Mio. €
Unfallversicherung	0,3	0,1	0,2	0,1	10,4
Haftpflichtversicherung	131,5	58,6	125,1	58,2	5,2
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	26,5	11,8	25,7	11,9	3,0
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	23,6	10,5	22,6	10,5	4,5
Kredit- und Kautionsversicherung	2,9	1,3	2,9	1,3	-0,1
Sonstige Versicherungen	39,8	17,7	38,7	18,0	2,8
Gesamt	224,6	100,0	215,2	100,0	4,4

1 Prozentangaben beziehen sich auf gerundete Zahlen in Euro.

Anzahl der gemeldeten Schäden	Geschäftsjahr	Vorjahr	Veränderung
Haftpflichtversicherung	20.076	19.930	0,7
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	6.640	6.476	2,5
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	9.806	9.615	2,0
Kredit- und Kautionsversicherung	700	676	3,6
Sonstige Versicherungen	2.689	2.831	-5,0
Gesamt	39.911	39.528	1,0

Haftpflichtversicherung

In der Haftpflichtversicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund durchgeführter individueller Beitragsanpassungen um 5,2 Prozent auf 131,5 (125,1) Mio. Euro an.

Die Bruttogeschäftsjahresschadenquote lag mit 113,6 (113,5) Prozent nahezu auf dem Vorjahresniveau. Die positive Entwicklung in den bekannten Geschäftsjahresschäden im Vergleich zum Vorjahr wurde durch die Entwicklung der Rückstellung für Spätschäden kompensiert.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung belief sich aufgrund einer deutlichen Zuführung zur Schwankungsrückstellung auf -42,5 (-44,0) Mio. Euro.

Kraftfahrtversicherung

In der **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** stiegen die gebuchten Bruttobeiträge um 3,0 Prozent auf 26,5 (25,7) Mio. Euro. Der Anstieg war überwiegend auf das Bestandwachstum zurückzuführen.

Die Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden beliefen sich bei leicht steigender Schadenanzahl auf 21,7 (24,6) Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr blieben Großschäden aus und es konnte ein Rückgang im Durchschnittsaufwand festgestellt werden. Die Bruttogeschäftsjahresschadenquote lag dadurch bei 81,2 (95,6) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung verbesserte sich auf 4,5 (-0,6) Mio. Euro, was auf eine Auflösung aus der Schwankungsrückstellung zurückzuführen war.

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung erhöhten sich die gebuchten Bruttobeiträge in der Fahrzeugvollversicherung um 4,7 Prozent auf 22,2 (21,2) Mio. Euro. Die Bruttogeschäftsjahresschadenquote lag bei 90,3 (82,4) Prozent. Diese Steigerung ergab sich aus einem marktweit zu beobachtenden Anstieg der Ersatzteilpreise, aus witterungsbedingten Schäden und aus dem Anstieg in den höheren Größenklassen aufgrund des Wachstums der versicherten Fahrzeuge in teureren Typklassen.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung lag mit 1,2 (0,8) Mio. Euro über dem Vorjahresniveau. Eine Entnahme aus der Schwankungsrückstellung wegen Überschaden trug hierzu bei.

In der Fahrzeugteilversicherung blieben die gebuchten Bruttobeiträge unverändert zum Vorjahr auf 1,4 (1,4) Mio. Euro. Die Bruttogeschäftsjahresschadenquote belief sich auf 62,4 (64,0) Prozent. Dies resultierte aus einem leicht rückläufigen Durchschnittsaufwand. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung lag mit 0,2 (0,2) Mio. Euro auf dem Vorjahresniveau.

Sonstige Versicherungen

In der Vertrauensschadenversicherung für Sparkassen, Kommunen und sonstige öffentlich-rechtliche Einrichtungen stiegen die gebuchten Bruttobeiträge um 2,8 Prozent auf 39,8 (38,7) Mio. Euro an.

Die Bruttogeschäftsjahresschadenquote reduzierte sich auf 62,8 (66,7) Prozent. Dies resultierte aus einer weiterhin positiven Schadenentwicklung in den bekannten Geschäftsjahresschäden.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung ging auf 9,1 (12,6) Mio. Euro zurück. Dies resultierte aus einem Rückgang des Abwicklungsgewinns aus den Vorjahresschäden. Ursächlich hierfür war das geringere Abwicklungspotenzial in der Vertrauensschadenversicherung, welches sich durch die Erledigung der Schäden in den Vorjahren ergab.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 197,5 (183,8) Mio. Euro.

Die Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 203,2 (194,4) Mio. Euro setzten sich aus laufenden Erträgen in Höhe von 170,6 (149,9) Mio. Euro, Abgangsgewinnen in Höhe von 8,6 (30,5) Mio. Euro und Erträgen aus Gewinnabführung in Höhe von 8,4 Mio. Euro (12,6) Mio. Euro und Zuschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 15,6 (2,8) Mio. Euro zusammen.

Die laufenden Erträge waren geprägt von höheren Erträgen aus Investmentanteilen in Höhe von 40,1 (2,4) Mio. Euro und niedrigeren Erträgen aus Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen in Höhe von 17,3 (24,6) Mio. Euro.

Die Abgangsgewinne in Höhe von 8,6 (30,6) Mio. Euro setzten sich aus Realisierungen von Investmentanteilen in Höhe von 6,6 (-) Mio. Euro, Namensschuldverschreibungen in Höhe von 1,6 (14,8) Mio. Euro und Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,4 (-) Mio. Euro zusammen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen in Höhe von 5,7 (10,5) Mio. Euro waren auf niedrigere Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe 2,3 (7,2) Mio. Euro zurückzuführen.

Die Nettoverzinsung erreichte 4,4 (4,3) Prozent. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom GDV empfohlenen Methode – lag bei 3,9 (3,7) Prozent.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis (vor Steuern) belief sich auf 171,2 (161,6) Mio. Euro. Der Anstieg resultierte aus dem um 13,7 Mio. Euro höheren Nettoergebnis aus Kapitalanlagen. Der Aufwandssaldo der sonstigen Nichtversicherungstechnik stieg von -21,5 Mio. Euro im Vorjahr auf -25,7 Mio. Euro im aktuellen Geschäftsjahr. Hierzu führte insbesondere die Stärkung der Pensionsrückstellungen. Die Steueraufwendungen gingen gegenüber dem Vorjahr zurück, da im Geschäftsjahr Erträge vereinnahmt wurden, die bereits in den Vorjahren der Besteuerung unterlagen.

Jahresüberschuss

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung verschlechterte sich auf -26,6 (-30,9) Mio. Euro.

Bei einem Kapitalanlageergebnis in Höhe von 197,5 (183,8) Mio. Euro lag das Ergebnis der nichtversicherungstechnischen Rechnung im Geschäftsjahr bei 171,2 (161,6) Mio. Euro.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit belief sich auf 144,6 (130,6) Mio. Euro. Nach Steuern ergaben sich ein Jahresüberschuss und ein Bilanzgewinn in Höhe von 132,3 (106,4) Mio. Euro.

Finanzlage

Liquidität

Die zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität wird durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung sichergestellt. Diese Liquiditätsplanung berücksichtigt Einzahlungen, die im Wesentlichen aus Beiträgen, Erträgen aus und Rückzahlungen von Kapitalanlagen stammen. Sie werden mit den Auszahlungen, die vorwiegend aus Versicherungsleistungen, Reinvestitionen in Kapitalanlagen sowie laufenden Ausgaben des Versicherungsbetriebs und Investitionen bestehen, zusammengeführt.

Die für das Versicherungsgeschäft wesentliche Investitionstätigkeit findet im Rahmen der Kapitalanlagen statt. Durch die vorschüssigen laufenden Beitragseinnahmen und die Rückflüsse aus den Kapitalanlagen fließen permanent liquide Mittel zu. Diese werden – neben den laufenden Auszahlungen für Leistungen an die Kunden – wiederum in Kapitalanlagen investiert, um die Erfüllung der zukünftigen Verpflichtungen stets gewährleisten zu können.

Investitionen

„Investitionszweck“ im Hinblick auf die freien Mittel der Versicherungskammer Bayern ist eine optimierte Kapitalanlage. Entsprechend dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht sind sämtliche Vermögenswerte dabei so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt sind.

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 326,2 (429,5) Mio. Euro. Damit lag die Neuanlagequote bei 7,5 (10,1) Prozent des Kapitalanlagenbestandes.

Investitionsschwerpunkte waren im Jahr 2017 Grundstücke und Gebäude mit Zugängen in Höhe von 24,0 Mio. Euro, Kapitalanlagen in Anteile an verbundenen Unternehmen mit Zugängen in Höhe von 130,0 Mio. Euro, Inhaberschuldverschreibungen mit Zugängen in Höhe von 20,6 Mio. Euro sowie Investmentanteile mit einem Zugang in Höhe von rund 144 Mio. Euro; über die Investmentanteile wurden rund 75 Prozent in Zinsträger investiert.

Die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen setzten sich im Wesentlichen aus Zugängen der Gesellschaften Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – B in Höhe von 114,6 Mio. Euro, Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – C in Höhe von 7,4 Mio. Euro, OSG Objektgesellschaft Standort Giesing mbH & Co. KG in Höhe von 5,3 Mio. Euro und der Consal Beteiligungsgesellschaft AG in Höhe von 2,7 Mio. Euro zusammen.

Zum Abschlussstichtag bestanden Investitionsverpflichtungen in Höhe von 101,8 Mio. Euro, davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 81,3 Mio. Euro.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Versicherungskammer Bayern stellte sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Aktiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Kapitalanlagen	4.545,3	98,7	4.358,7	98,6
Übrige Aktiva	61,2	1,3	62,6	1,4
Gesamt	4.606,5	100,0	4.421,3	100,0

Passiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eigenkapital	2.560,1	55,5	2.517,4	56,9
Versicherungstechnische Rückstellungen	1.610,2	35,0	1.506,0	34,1
Übrige Passiva	436,2	9,5	397,9	9,0
Gesamt	4.606,5	100,0	4.421,3	100,0

Den versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 1.610,2 (1.506,0) Mio. Euro standen Kapitalanlagen in Höhe von 4.545,3 (4.358,70) Mio. Euro sowie Eigenkapital in Höhe von 2.560,1 (2.517,4) Mio. Euro gegenüber. Derzeit besteht kein Bedarf an Finanzierungsmaßnahmen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen trugen mit 224,9 (221,0) Mio. Euro einen wesentlichen Anteil an den übrigen Passiva. Gemäß § 253 Abs. 2 HGB n.F. entsprach der angewandte Rechnungszins einem 10-Jahres-Durchschnittszins in Höhe von 3,68 Prozent. Gemäß IDW RS HFA 30 n. F. wurde die Rückstellung

für Beihilfeverpflichtungen aus den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zu den Sonstigen Rückstellungen umgegliedert und mit einem 7-Jahres-Durchschnittszins in Höhe von 2,81 Prozent bewertet. Diese lag bei 76,6 Mio. Euro. Die Umgliederung angenommen, resultierte der geringfügige Anstieg im Wesentlichen aus der jährlichen Zuführung (Zins- und Personalaufwand sowie Aufwand aus dem Zinsänderungseffekt). Die Veränderung der übrigen versicherungsmathematischen Bewertungsparameter gegenüber dem Vorjahr hatte keinen wesentlichen Einfluss.

Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Eigenkapital	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundkapital	1.429,1	55,8	1.429,1	56,8
Kapitalrücklage	749,5	29,3	749,5	29,8
Gewinnrücklagen	249,2	9,7	232,4	9,2
Bilanzgewinn	132,3	5,2	106,4	4,2
Gesamt	2.560,1	100,0	2.517,4	100,0

Gesetzliche Kapitalanforderungen

Die Solvabilitätsbeurteilung nach Solvency II zeigte für das Unternehmen eine gute Ausstattung mit Solvenzkapital.

Kapitalanlagen

Der Bestand der Kapitalanlagen der Versicherungskammer Bayern erhöhte sich im Geschäftsjahr um 4,3 Prozent auf 4.545 (4.359) Mio. Euro.

Diese Bestandsveränderung resultierte im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 326,2 (429,5) Mio. Euro und Abgängen in Höhe von 152,2 (300,9) Mio. Euro.

Die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen setzten sich im Wesentlichen aus Zugängen der

Gesellschaften Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – B in Höhe von 114,6 Mio. Euro, Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – C in Höhe von 7,4 Mio. Euro, OSG Objektgesellschaft Standort Giesing mbH & Co. KG in Höhe von 5,3 Mio. Euro und der Consal Beteiligungsgesellschaft AG in Höhe von 2,7 Mio. Euro zusammen.

In den Investmentanteilen belief sich der Bestand auf rund 66 Prozent Zinsträger und rund 23 Prozent Aktien.

Die Abgänge bei den Sonstigen Ausleihungen resultierten im Wesentlichen aus Endfälligkeit.

Die Kapitalanlagen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Kapitalanlagen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	46,6	1,0	23,3	0,5
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	2.342,4	51,5	2.198,6	50,4
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.539,0	33,9	1.510,8	34,7
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	94,3	2,1	74,0	1,7
Sonstige Ausleihungen	501,0	11,0	534,0	12,3
Einlagen bei Kreditinstituten	22,0	0,5	18,0	0,4
Gesamt	4.545,3	100,0	4.358,7	100,0

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 1.211,9 (1.442,8) Mio. Euro und lagen bei 26,7 (33,1) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen (brutto) setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Beitragsüberträge	0,8	–	0,8	0,1
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.437,2	86,4	1.347,6	86,7
Rückstellung für erfolgsabhängige und -unabhängige Beitragsrückerstattung	0,4	–	0,4	–
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	223,2	13,4	205,5	13,2
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	0,9	0,2	0,7	–
Gesamt	1.662,5	100,0	1.555,0	100,0

Die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle stiegen aufgrund des Beitragswachstums und der Inflation auf 1.437,2 (1.347,6) Mio. Euro an.

Zusammenfassende Aussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Unternehmensleitung der Versicherungskammer Bayern bewertet die geschäftliche Entwicklung vor dem Hintergrund des gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Umfeldes zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts insgesamt als günstig. Das Unternehmen verfügt über eine ausreichende Eigenmittelausstattung sowie über eine zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität. Die gebuchten Bruttobeiträge, die bilanzielle Bruttoschadenquote, das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen und der Jahresüberschuss befinden sich jeweils im Rahmen der Prognose oder haben sich besser entwickelt.

Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungen

Die Bayerische Landesbrandversicherung AG übernahm mit Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträgen Aufgaben aus den Querschnittsbereichen (z. B. Anwendungsentwicklung, Controlling, Interne Revision, Rechnungswesen, Unternehmensrecht, Vertrieb, Zentrale Aufgaben Kapitalanlage sowie weitere Verwaltungsaufgaben) für verschiedene Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer.

Die Rückversicherungsaktivitäten werden von der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG wahrgenommen.

Der Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG übernimmt Querschnittfunktionen (Komposit Querschnitt, Mathematik/Tarifentwicklung Komposit etc.) im Bereich Komposit sowie das Individualgeschäft in den Kompositparten für die Bayerische Landesbrandversicherung, die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des

öffentlichen Rechts (kommunales Versicherungsgeschäft), die Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG und in Teilen für die SAARLAND Feuerversicherung AG, die OVAG Ostdeutsche Versicherung AG und Versicherungskammer Bayern – Landesbrand Vertriebs- und Kundenmanagement GmbH.

Sämtliche Aufgaben im Bereich elektronische Datenverarbeitung und zur Vereinheitlichung der konzerninternen EDV-Technik bzw. IT-Infrastruktur und Leistungen im Bereich EDV-Technik werden von der VKBit Betrieb GmbH für die zum Konzern Versicherungskammer gehörenden Unternehmen erbracht.

Sonstige Erträge und Sonstige Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus der Zurverfügungstellung der Beamten an die Tochterunternehmen.

Personal- und Sozialbericht

Der Konzern Versicherungskammer hat sich zum Ziel gesetzt, in allen Geschäftsgebieten für seine Kunden erste Wahl zu sein.

Um seine Marktposition zu stärken, bildet der Konzern sogenannte Navigatoren mit fundierten Kenntnissen in operativer Exzellenz im Unternehmen aus. Diese Mitarbeiter fördern als methodische Partner der jeweiligen Abteilungen eine kundenorientierte und effiziente Arbeitsweise.

Der Konzern Versicherungskammer fordert und fördert engagierte Mitarbeiter¹ und unterstützt sie durch fachliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Ziel der betrieblichen Aus- und Weiterbildung ist es, den Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften durch die Förderung und Entwicklung eigener Mitarbeiter zu decken. Die meisten Führungskräftepositionen für die erste und

¹ Anmerkung: Im Folgenden wird zur Vereinfachung ausschließlich die männliche Form verwendet; inbegriffen sind selbstverständlich auch die Mitarbeiterinnen.

zweite Führungsebene werden mit eigenem Nachwuchs besetzt. Zur Sicherstellung der Qualität des Führungskräftenachwuchses gibt es für beide Führungsebenen ein mehrmonatiges Programm zur Auswahl und Entwicklung. Um eine erfolgreiche und zielorientierte Weiterbildung der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden Personalentwicklungsmaßnahmen grundsätzlich von einer Bedarfsklärung, Bewertung und Transfersicherung begleitet. Das Gesamtkonzept der Personalentwicklung setzt sich aus individuellen Entwicklungsmaßnahmen, Organisationsentwicklungsmaßnahmen, Seminaren, Förderangeboten, Instrumenten zur Karriereplanung und Schulungen zu Führung, Kommunikation und Vertrieb zusammen. Der Konzern Versicherungskammer fördert darüber hinaus verschiedene berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen.

Der Konzern Versicherungskammer bietet jährlich einer hohen Anzahl von geeigneten Bewerbern einen Ausbildungsplatz an. Neben dem Berufseinstieg über die klassische Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen bzw. zum Fachinformatiker legt der Konzern Versicherungskammer seit dem Jahr 1998 regelmäßig für Hochschul- und Fachhochschulabsolventen duale Studiengänge und für Hochschulabsolventen Traineeprogramme auf.

Das Führungsverständnis folgt seit vielen Jahren der Konzernstrategie und den „Konzerngrundsätzen zur Führung und Zusammenarbeit“. Zielvereinbarungen und Leistungsbeurteilungen sind ein fester Bestandteil der täglichen Arbeit. Mitarbeiter der zweiten Führungsebene oder solche mit einem übertariflich dotierten Arbeitsvertrag erhalten eine variable Vergütung, die an den Konzernzielen und der individuellen Leistung der Mitarbeiter ausgerichtet ist.

Der Konzern Versicherungskammer bietet verschiedene Arbeitszeitmodelle an, die die Interessen der Mitarbeiter mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang bringen. Neben den Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit oder zum Job-sharing in Führungspositionen wird auch die Option des mobilen Arbeitens ermöglicht.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement fördert die Gesundheit der Beschäftigten und trägt dazu bei, dass Mitarbeiter leistungsfähig, motiviert und gesund bleiben. Dies wird durch ein systematisches Management der betrieblichen Gesundheit und durch die Stärkung der Eigenverantwortung in Bezug auf Gesundheitsförderung erreicht.

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist ein Prozess, der die nachhaltige, gesundheitsbewusste Gestaltung von Arbeit, Organisation und Verhalten zum Ziel hat. Arbeitsgestaltung, Verhalten und Führung/Management müssen gleichermaßen miteinbezogen werden. Außerdem sollen Mitarbeiter und Führungskräfte in ihren mentalen, physi-

schen und professionellen Reserven gestärkt werden. Betriebliches Gesundheitsmanagement umfasst als ganzheitliche Strategie Planung, Koordination, Durchführung und Kontrolle aller Maßnahmen, die sowohl zur individuellen Gesundheit des einzelnen Mitarbeiters als auch zu einer „gesunden Organisation“ beitragen. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagement bietet der Konzern seinen Beschäftigten deshalb ein umfassendes und vielfältiges Jahresprogramm an. Dieses steht unter einem wechselnden Motto (z. B. „2017bewegend“) und hält vielfältige Angebote, darunter die Aktion Treppensteigen oder die jährliche Blutspende-Aktion, bereit. Der Konzern Versicherungskammer verfolgt eine familienbewusste Personalpolitik und hat diese im Rahmen der zweiten Re-Auditorierung durch die berufundfamilie Service GmbH verstärkt auf alle Konzernunternehmen in der Region ausgeweitet. Das Unternehmen fördert auf diese Weise seit vielen Jahren die Verbundenheit der Mitarbeiter mit dem Unternehmen und positioniert sich im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten als attraktiver Arbeitgeber.

Der Konzern Versicherungskammer bietet seinen Mitarbeitern die Möglichkeit einer überwiegend arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung über eine Unterstützungskasse.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2017. Die Vertretung der Arbeitnehmer des Unternehmens nahm der jeweilige Betriebsrat der einzelnen Konzernstandorte wahr; die Interessen der Leitenden Angestellten vertrat der gemeinsame Sprecherausschuss für die Unternehmen des Konzerns. Der Vorstand dankt diesen Gremien für die gute Zusammenarbeit.

Für die in den konsolidierten Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen waren im Jahr 2017 durchschnittlich 6.748 (6.792) Mitarbeiter tätig, davon 3.993 (4.060) Vollzeitangestellte, 1.607 (1.538) Teilzeitangestellte, 850 (867) angestellte Außendienstmitarbeiter und 298 (327) Auszubildende.

Die Versicherungskammer Bayern beschäftigte im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 70 (84) Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst.

Chancen- und Risikobericht

Chancen durch Unternehmenspolitik

Chancen durch Service- und Vertriebspräsenz

Neben einem umfassenden Versicherungsportfolio bietet die Versicherungskammer Bayern ihren öffentlich-rechtlichen Kunden auch in den Folgejahren zahlreiche Serviceleistungen an.

Umfassende Leistungen des technischen Risk-Managements unterstützen öffentliche Einrichtungen auch in Zukunft bei ihrer konsequenten Risikopolitik. Ziel ist es, die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Schadenereignissen oder das Schadenausmaß zu verringern. So stehen den Kunden auch in Zukunft umfassende Beratungsleistungen mit konkreten Vorschlägen zur Schadenverhütung im Bereich Brandschutz, Einbruch, Leitungswasser und Hochwasser zur Verfügung.

Die zahlreichen Seminarveranstaltungen der CombiRisk Risk-Management GmbH zu Aspekten der Schadenverhütung werden auch im nächsten Jahr fortgeführt. Mitarbeiter von Kommunen können sich zu Themen wie „Feuerbeschau“, „Spielplatzprüfung“, „Kommunaler Winterdienst“, „Sachschutz und Sicherheit in Schulen“ und „Holz prüfen – Maibäume und andere Holzobjekte sichern“ umfassend informieren.

Über die CombiRisk Risk-Management GmbH bietet die Versicherungskammer Bayern ihren Kunden weiterhin die Aufschaltung von Alarm- und Störmeldungen auf ihre VdS- anerkannte und -zertifizierte Notruf- und Serviceleitstelle an. Seit Anfang des Jahres 2016 ist die Leitstelle nach dem neuen Verfahren der „VdS 3138 Notruf- und Service-Leitstellen (NSL)“ zertifiziert. Mit der Aufschaltung von beispielsweise Einbruch-, Überfall-, freiwilligen Brand- und Gefahrenmeldeanlagen oder von Technikstörungen, Aufzugnotrufen oder Sprechsäulen kann die Gebäude- und die Personensicherheit erhöht werden. Das Angebot, das von einer neutralen Sicherheitsberatung flankiert wird, stößt auf großes Interesse. Im Jahr 2017 wurden unter anderem auch Brandmeldeanlagen von Flüchtlingsunterkünften bei der CombiRisk Risk-Management GmbH aufgeschaltet.

Mit der MediRisk Bayern Risk- und Rehamanagement GmbH unterstützt die Versicherungskammer Bayern alle bei ihr versicherten Krankenhäuser aktiv bei der Minimierung von Haftpflichtrisiken. Die Gesellschaft analysiert dabei konkret Haftungsursachen und Schadenquellen, deckt Haftungsrisiken in der medizinischen Einrichtung auf und erarbeitet Vorschläge, wie diese vermieden werden können, um neuen Schäden vorzubeugen. Ein speziell entwickeltes Kurzaudit für Krankenhäuser ermöglicht die-

sen, in komprimierter Form einen ersten Überblick über die Risikolage des Krankenhauses zu erhalten. Geschädigten Patienten wird ein professionelles Rehamanagement angeboten, um möglichst rasch eine medizinische, berufliche oder soziale Rehabilitation zu erreichen und die Integration in ein „normales“ Leben zu beschleunigen.

In Zusammenarbeit mit der Firma TERAPON Consulting GmbH bietet die Versicherungskammer Bayern eine Serviceleistung der psychologischen Akutintervention Akutintervention bei einschneidenden Ereignissen, wie beispielsweise bei Raubüberfällen oder Übergriffen auf Mitarbeiter von Sparkassen oder Kommunen, an. Die Unterstützungsleistung hilft dabei, dass diese Mitarbeiter nach einem Vorfall schnell ihre Arbeitsfähigkeit wiedergewinnen.

Serviceleistungen zum Thema Wind und Wetter erhalten Kommunen seit Ende des Jahres 2017 in verbesserter Form. Mit dem Winter-Report des neuen Providers, der Firma UBIMET GmbH, können Kommunen ihren Winterdienst genau planen und effizient durchführen. Der Zugang zu einem Onlinewetterportal liefert Live-Wetterinformationen für die ausgewählten Orte und bietet Visualisierungen von Wetterereignissen auf Karten. Mit der Wetterbox haben Kommunen die Möglichkeit, Besuchern ihrer Website den aktuellen Wetterbericht für ihr Gebiet zur Kenntnis zu bringen.

Chancen durch Engagements und Kooperationen

Die Versicherungskammer Bayern unterstützt in Zusammenarbeit mit den Landesfeuerwehrverbänden Bayern und Rheinland-Pfalz die bayerischen und pfälzischen Feuerwehren. Besonders die Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte, die Jugendarbeit und die Brandschutz-erziehung stehen hierbei im Fokus. Allen Landkreisen und kreisfreien Städten wurde in den Jahren 2015 bis 2018 ein „Schaumtrainer“ überreicht. Mit diesen Anlagen können die Feuerwehren das Löschen mit Schaum und Wasser umweltschonend und kostengünstig, aber dennoch realistisch im verkleinerten Maßstab üben. Das Projekt „Schaumtrainer“ wird in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Feuerweherschulen durchgeführt. Ebenso engagiert sich die Versicherungskammer Bayern für sichere Fahrten mit Blaulicht und Martinshorn, die mit einem deutlich höheren Unfallrisiko verbunden sind. Im „Sondersignalfahrt-Trainer“ können Feuerwehrleute die Einsatzfahrten üben und auf kritische Situationen, etwa das Überqueren einer Kreuzung bei Rot, vorbereitet werden. Das Projekt wird seit dem Jahr 2013 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr und von der Versicherungskammer Bayern finanziert und betrieben. Damit ist Bayern Vorreiter im Simulatortraining für Einsatzkräfte.

Die Versicherungskammer Bayern ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer (BADK). Durch die Beobachtung und Begleitung der Gesetzgebung, die Mitarbeit in DIN-Ausschüssen und die Entwicklung von Schadenverhütungsempfehlungen zu kommunalen Haftungsthemen trägt die BADK den Besonderheiten der Kommunalversicherung Rechnung. Die seit Jahren erfolgreiche Zusammenarbeit unter einem Dach wird auch in den Folgejahren fortgeführt werden.

Die Versicherungskammer Bayern bewährte sich auch im abgelaufenen Berichtsjahr als stabiler und leistungsfähiger Partner für Kommunen und öffentliche Einrichtungen. Für das Jahr 2018 rechnet das Unternehmen mit einem weiteren Anstieg des Beitragsaufkommens. Trotz zu erwartender Steigerungen der Aufwände im Personenschadenbereich in der Haftpflichtversicherung erwartet die Versicherungskammer Bayern für das Jahr 2018 in der Versicherungstechnik eine deutlich positive Entwicklung. Die oben genannten Maßnahmen zur Schadenprävention tragen zu dieser entsprechend bei.

Chancen durch externe Rahmenbedingungen

Chancen durch fortschreitende Digitalisierung

Neue digitale Technologien und die damit verbundene Vernetzung zahlreicher Lebensbereiche beeinflussen das Kundenverhalten und die Art und Weise, wie der Konzern Versicherungskammer künftig seine Geschäfte führen wird. Die Digitalisierung eröffnet dem Unternehmen neue Wege in der Datenerfassung und -nutzung, schafft Möglichkeiten für innovative Produktlösungen und eine optimierte Kundeninteraktion. Die Digitalisierungs-Roadmap des Konzerns Versicherungskammer baut künftig verstärkt auf die Nutzung von Onlinediensten, um den Austausch mit den Kunden und Vertriebspartnern zu verbessern und gezielter auf deren Bedürfnisse eingehen zu können.

Im Jahr 2017 gründete der Konzern Versicherungskammer gemeinsam mit anderen Versicherern die Initiative InsurTech Hub Munich. Ziel ist es, die digitale Transformation gemeinsam aktiv zu gestalten und München zu einem attraktiven Standort für die besten internationalen Start-ups zu formen.

Als Branchenvorreiter nutzt der Konzern Versicherungskammer erfolgreich kognitive Technologien. Im Fokus dieser Technologien steht die Verknüpfung kognitiver Systeme und Big Data/Analytics, um heterogene und unstrukturierte Datenmengen besser auswerten und die Erkenntnisse nutzbringend verwerten zu können. Texte und somit auch Kundenbelange werden präziser und schneller erfasst und können effektiver bearbeitet werden. Auf Basis dieser Erkenntnisse wird der Einsatz kognitiver Technologien auch im Jahr 2018 weiter ausgebaut.

Über das Kundenportal „Mein Premiumservice“ erhalten die Kunden einen persönlichen digitalen Versicherungsordner, in dem sie ihre gesamten Versicherungen einsehen und verwalten können. Die Korrespondenz zwischen Unternehmen und Kunden erfolgt über ein elektronisches Postfach. Ein Self-Service-Bereich ermöglicht es den Kunden zudem, eigenhändig Geschäftsvorfälle anzustoßen, wie z. B. die Änderung der Heimatadresse oder der Kontoverbindung.

Neben der Optimierung des Kundenportals wird auch die Integration der Internetfiliale 6.0 der Sparkassen weiter ausgebaut. Dort stehen den Kunden alle Tarifrechner des Konzerns zur Verfügung. Zudem können diese über ein elektronisches Postfach ihres Onlinebankings sämtliche Versicherungsdokumente einsehen.

Von neuen Onlinediensten profitieren auch die Vertriebspartner. Seit Mitte des Jahres 2017 haben sie die Möglichkeit, Kfz-Angebote schnell und einfach via Tablet zu berechnen. Nach Abfotografieren des Fahrzeugscheins des Kunden liest die App „VKB Kfz-Tarif leicht gemacht“ binnen Sekunden alle relevanten Daten aus. Innerhalb weniger Minuten erhält dann der Kunde ein individuelles, bedarfsgerechtes Angebot.

Chancen durch Mitarbeiter

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der fortschreitenden Digitalisierung und der sich wandelnden Kundenbedürfnisse ist es von besonderer Wichtigkeit, vielfältige Kompetenzen zu fördern und qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte langfristig an den Konzern Versicherungskammer zu binden.

Diversity ist von Bedeutung, um qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte zu gewinnen und langfristig an den Konzern Versicherungskammer zu binden. Diversity setzt auf die vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen der Mitarbeiter und schafft ein von Respekt und Wertschätzung geprägtes, vorurteilsfreies Arbeitsumfeld.

Im Konzern Versicherungskammer engagieren sich Mitarbeiter und Führungskräfte auf freiwilliger Basis für die Entwicklung der konzernweiten Zusammenarbeit und beschäftigen sich zu diesem Zwecke mit vielfältigen Themen. Daraus entstehen Maßnahmen zur Teamentwicklung, zum Führungsverhalten, zur generationen- und hierarchieübergreifenden Zusammenarbeit sowie zum Miteinander der Standorte.

Auch die Förderung von Frauen in qualifizierten Fach- und Führungsfunktionen gehört zum Diversity-Programm, genauso wie die Vereinbarkeit individueller Lebensentwürfe mit den beruflichen Erfordernissen, beispielsweise mit dem Jobsharing von Führungskräften in Teilzeit.

Ebenso leistet die gezielte Förderung und Weiterentwicklung unterschiedlicher Talente einen nachhaltigen Wertbeitrag zum Unternehmenserfolg. Ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld bildet dabei die Grundlage für eine respektvolle und wertschätzende Zusammenarbeit.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Versicherungskammer Bayern sieht ihre Chancen in erster Linie im weiteren Ausbau ihrer führenden Wettbewerbsposition im Geschäftsgebiet. Durch die flächendeckende Service- und Vertriebspräsenz, die Anpassung von Verkaufsprozessen und einen intensiven Dialog mit bestehenden und potenziellen Kunden im Rahmen zahlreicher Initiativen und Projekte ist die Versicherungskammer Bayern für zukünftige Wachstumsfelder gut positioniert. Die Versicherungskammer Bayern wird mit ihrer Produktpalette, der Kosteneffizienz sowie der flächendeckenden Vertriebs- und Servicepräsenz in der Region die führende Wettbewerbsposition weiter ausbauen.

Die Versicherungskammer Bayern sichert die Anforderungen aus Solvency II durch ihr solides Anlagenportfolio und ihr Risikomanagementsystem.

Der Vorstand sieht das Erkennen und Wahrnehmen von Chancen als integralen Bestandteil des Managements des Konzerns Versicherungskammer. Daher werden die Veränderungen der Rahmenbedingungen laufend beobachtet, um frühzeitig Chancen zu identifizieren und mit passenden Versicherungsprodukten flexibel darauf reagieren zu können.

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Das Risikomanagement im Unternehmen gewährleistet, dass im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie gemäß Abschnitt 3 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich dabei konsequent an den Anforderungen des VAG sowie an den Anforderungen nach Solvency II.

Die Struktur des Unternehmens sorgt für eine konkrete Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie für eine eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Dabei wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Bewertung und Steuerung sichergestellt.

Der Vorstand ist verantwortlich für die Durchführung und Weiterentwicklung des Risikomanagements. Er trifft hier gemäß § 91 Abs. 2 AktG geeignete Maßnahmen, damit der Fortbestand der Gesellschaft gesichert ist und gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Dabei

wird er vom Unternehmens-Risikoausschuss unterstützt, der entsprechende Empfehlungen an den Vorstand des Unternehmens ausspricht.

Die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wird im Konzern Versicherungskammer zentral von der Abteilung Konzernrisikocontrolling ausgeführt. Sie koordiniert die Risikomanagementaktivitäten auf allen Ebenen und in allen Geschäftsbereichen. Dabei wird sie von den dezentralen Risikocontrollingeinheiten unterstützt.

Das dezentrale Risikocontrolling des Unternehmens setzt sich aus dem Kapitalanlagencontrolling, dem Aktuariat Komposit, der Rückversicherung sowie den dezentralen Controllingeinheiten zusammen.

Die Kombination aus dezentralen und zentralen Risikomanagementeinheiten ermöglicht es, Risiken frühzeitig und flächendeckend zu identifizieren, einzuschätzen und vorausschauend zu steuern.

Die Risikostrategie des Unternehmens leitet sich aus der Geschäftsstrategie und der übergeordneten Risikostrategie des Konzerns ab. Sie beschreibt Art und Umfang der wesentlichen Risiken des Unternehmens. Darüber hinaus wird der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt sowie deren Handhabung festgelegt. Dabei bezieht das Unternehmen Risikoerwägungen und den Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess ein. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand beschlossen und einmal jährlich im Aufsichtsrat erörtert. Die Risiko- und Ertragssituation des Unternehmens wird mithilfe eines konsistenten Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Im Konzern wurden darüber hinaus Gremien (z. B. Risikoausschuss, Governance-Ausschuss, Modellkomitee) eingerichtet. Diese dienen der Empfehlung und Entscheidungsvorbereitung und gewährleisten die Förderung der Risikokultur sowie die Umsetzung konzernweiter Standards.

Im Zuge des Risikomanagementprozesses führt das Unternehmen einmal jährlich eine Risikoinventur durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens auswirken können. Um diese Risiken zu vermeiden bzw. zu reduzieren, werden spezifische Handlungsstrategien plausibilisiert und bei Bedarf weiterentwickelt.

Das Reporting über eingegangene Risiken, die aktuelle Risikosituation und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens erfolgt über die Risikomanagementfunktion.

Das Unternehmen führt mindestens einmal pro Jahr eine umfassende unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) durch. Im Geschäftsjahr

2017 erfolgte dies turnusmäßig auf Basis des Stichtags 31. Dezember 2016. Eine anlassbezogene Beurteilung war im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht notwendig.

Risikoprofil

Risiken, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken, werden im Rahmen des Risikoprozesses identifiziert, analysiert, bewertet und durch die zuständigen Fachbereiche gesteuert.

Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere durch Marktrisiken und versicherungstechnische Risiken dominiert.

Die Marktrisiken beschreiben die Unsicherheit der Kapitalanlage in Bezug auf die Veränderungen von Marktpreisen und -kursen sowie hinsichtlich der zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten. Dies schließt beispielsweise das Aktien-, Spread-, Immobilien-, Zins- oder Wechselkursrisiko mit ein.

Das versicherungstechnische Risiko im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung beschreibt das Risiko, dass die versicherten Schäden über den Erwartungen liegen können. Wesentliche Risiken sind dabei das Prämien- und das Reserverisiko sowie Kumul- bzw. Katastrophenrisiken.

Das Risikoprofil umfasst zudem Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft (Gegenpartei ausfallrisiko), operationelle Risiken aus menschlichem, technischem, prozessuellem oder organisatorischem Versagen sowie Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken. Diese Risiken sind eher von untergeordneter Bedeutung.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bemisst sich an der Ungewissheit in Bezug auf Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkursen und Devisenkursen) sowie über die Abhängigkeiten und ihre Volatilitätsniveaus. Es leitet sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ab.

Die Kapitalanlagen des Unternehmens werden grundsätzlich nach dem Prinzip der unternehmerischen Vorsicht angelegt. In einem Anlagekatalog sind zulässige Anlageklassen und Anlagegrundsätze enthalten. Dadurch wird sichergestellt, dass die Marktrisiken, die insbesondere aus der Anlagetätigkeit resultieren, quantifizierbar und beherrschbar sind. Im Rahmen der Anlageplanung werden diese Vorgaben präzisiert. Dabei sind insbesondere die dauerhafte Erfüllung der Solvenzkapitalanforderung, die dauerhafte Bedeckung der Verpflichtungen durch das Sicherungsvermögen sowie eine Mindestverzinsung sicherzustellen.

Das Unternehmen hat umfangreiche Risikomanagementprozesse implementiert. Dabei werden mithilfe von Stress-tests sowie Szenario- und Sensitivitätsanalysen die Risikotragfähigkeit sowie die Auswirkungen auf die HGB-Bilanz und die Solvabilitätsübersicht überprüft. Dieser Prozess dient dazu, konkrete Maßnahmen für die Steuerung der Kapitalanlagen zusammen mit den Verbindlichkeiten abzuleiten.

Konkret werden z. B. die Auswirkungen lang anhaltender niedriger Zinsniveaus, ein wesentlicher Schock an den Aktienmärkten sowie eine Verschlechterung der Bonität von Zinsträgern untersucht, um weiterhin vorausschauend agieren zu können.

In den betrachteten Szenarien und im betrachteten Planungszeitraum ist das Unternehmen in der Lage, alle handelsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Ebenso bleibt die Eigenmittelausstattung stets deutlich oberhalb der intern definierten Warnschwelle. Darüber hinaus werden mit Blick auf das Konzentrationsrisiko interne Limits für Mischung und Streuung der Kapitalanlagen festgelegt und deren Einhaltung überwacht.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten. Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexposition des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

Zur Sicherstellung einer Mindestverzinsung nach HGB wird in der Planung für jede Risikokategorie ein ausreichendes Risikobudget zur Verfügung gestellt. Für volatile Anlageklassen, wie z. B. Aktien, muss ein größeres Risikobudget zur Verfügung gestellt werden, sodass im Falle einer ungünstigen Marktentwicklung die Erzielung der Mindestverzinsung nicht gefährdet wird.

Etwa 36 Prozent der Kapitalanlagen sind in Zinsträgern investiert und somit dem **Zinsrisiko** und großteils dem **Spreadrisiko** ausgesetzt. Die Zinsträger entfallen überwiegend auf Staatsanleihen (341,9 Mio. Euro) sowie auf Unternehmensanleihen (1.294,1 Mio. Euro). Die Staatsanleihen entfallen im Wesentlichen auf Anleihen deutscher Bundesländer sowie Sondervermögen im Zusammenhang mit dem europäischen Stabilitätspakt.

Insbesondere im indirekten Bestand enthaltene Aktien, außerbörsliche Eigenkapitalinstrumente, Private Equity, Rohstoffe sowie zum Teil Anlageinstrumente mit Merkmalen von Aktien und Schuldverschreibungen unterliegen dem **Aktienrisiko**. Diese entsprechen etwa 61 Prozent (Zeitwert: 3.526,8 Mio. Euro) der gesamten Kapitalanlagen des Unternehmens.

Das **Immobilienrisiko** betrifft sowohl direkt gehaltene Grundstücke und Bauten (73,1 Mio. Euro) als auch Immobilienfonds und -beteiligungen im indirekten Bestand (81,1 Mio. Euro).

Alle wesentlichen **Wechselkursrisiken** aus Fremdwährungsinvestitionen sind abgesichert. Es bestehen keine Verbindlichkeiten in Fremdwährungen.

Zinsrisiko

Das Zinsrisiko entsteht dadurch, dass sich die Marktwertveränderungen aller zinssensitiven Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht gegenläufig ausgleichen.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten.

Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexposition des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

Unterstellt man im Bereich der Zinsträger zum Bilanzstichtag eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben, führt dies zu einer Verminderung des Zeitwertes um 124,7 Mio. Euro. Da die Bewertungsreserven höher sind als der beschriebene Rückgang, ist die Risikotragfähigkeit gegeben.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko ergibt sich aus dem Volumen und der Art der festverzinslichen Wertpapiere, der Bonität der Emittenten sowie der zugrunde liegenden Duration. Die Volatilität der Credit-Spreads gegenüber dem risikolosen Zins und die daraus resultierenden Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen stellen das Spreadrisiko dar.

Die hohe Kreditqualität des Bestands an Zinsträgern zeigt sich daran, dass zum Stichtag 92 Prozent der Zinsträger mit einer Bonitätsbeurteilung im Investmentgrade-Bereich bewertet wurden.

Die Aufteilung nach Bonitätsstufen stellt sich im Unternehmen für den jeweiligen Bestand an Zinsträgern nach Zeitwerten wie folgt dar:

Zinsträger	Anteile der Bonitätsstufen in Prozent			
	AAA/AA	A/BBB	BB/B	NR CCC-D
Staatsanleihen und -darlehen	87,3	6,5	6,2	–
Unternehmensanleihen	12,8	76,7	9,9	0,6
Pfandbriefe/Covered Bonds	97,0	3,0	–	–
Sonstige Zinsträger	3,0	82,6	14,3	0,1
Gesamtbestand	36,7	54,8	8,1	0,4

Das Spreadrisiko wird durch strenge Vergabemodalitäten und ein Limitsystem zur Sicherstellung einer angemessenen Mischung und Streuung minimiert. Die Exponierung in Spreadrisiken innerhalb des indirekten Bestands wird ebenfalls breit gestreut und die Einzelwerte werden laufend überwacht.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko umfasst die Schwankungen an Aktien- und Finanzmärkten (Beteiligungen, Private Equity, Hedgefonds, Aktienfonds, Rohstoffe und andere alternative Kapitalanlagen). Zudem unterliegt das Unternehmen in seiner Funktion als Konzernholding einem strategischen Beteiligungsrisiko aus den konzerninternen Versicherungsunternehmen, unter anderem aus Einzahlungsverpflichtungen, Abschreibungs- oder Haftungsrisiken.

Der Bestand an Aktien und mit Aktienrisiko behafteten Investitionen beträgt etwa 61 Prozent des Kapitalanlagebestands.

Zur Minderung des Aktienrisikos sowie zur Verbesserung des Risiko-Ertrags-Verhältnisses der Aktienanlagen wer-

den dynamische Quotensteuerungsstrategien eingesetzt. Im Rahmen der Anlageplanung werden Zielquoten sowie zulässige Bandbreiten für die Aktienanlagen festgelegt. Die Quotensteuerung zielt auf eine möglichst hohe Aktienrendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Kursverluste im Fall von kritischen Marktentwicklungen ab. Die operative Steuerung erfolgt mittels Derivaten, d.h. Futures und Optionen (jeweils Long- und Shortpositionen) auf Aktienindizes entsprechend dem zugrunde liegenden Aktienbestand. Das Beteiligungsmanagement und das Risikomanagement tragen im Rahmen eines ganzheitlichen Risikotragfähigkeitskonzepts zu einer angemessenen Steuerung und Bewertung des strategischen Beteiligungsrisikos bei.

Ein unterstelltes Szenario mit einem Rückgang der Aktienkurse um 30 Prozent und der Beteiligungszeitwerte um 15 Prozent würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 585,9 Mio. Euro führen. Da die Bewertungsreserven höher sind als der beschriebene Rückgang, ist die Risikotragfähigkeit gegeben.

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr eines Marktwerrückgangs für Immobilien. Für die Bestimmung wird die Volatilität am Immobilienmarkt betrachtet und die Risikohöhe festgestellt. Die wesentlichen Kenngrößen werden jährlich ermittelt und analysiert.

Das Immobilienrisiko wird durch ein aktives Portfoliomanagement und durch die hohe Qualität des Immobilienportfolios gemindert.

Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko beschreibt das aus zukünftigen Wechselkursentwicklungen resultierende Risiko hinsichtlich des beizulegenden Zeitwertes oder der künftigen Zahlungsströme eines monetären Finanzinstruments. Die funktionale Währung des Unternehmens ist der Euro.

Das Wechselkursrisiko wird durch den Einsatz von Derivaten gemindert, dabei werden Fremdwährungspositionen in wesentlichen Teilportefeuilles in gängigen Währungen vollumfänglich abgesichert. Aus diesem Grund ist das nicht abgesicherte Fremdwährungsrisiko auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Die Absicherungen sind rollierend und entsprechend den Anforderungen der Art. 208 ff. der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 ausgestaltet. Insbesondere wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen laufend überwacht.

Konzentrationsrisiko

Die Kapitalanlage des Unternehmens muss sowohl zwischen den als auch innerhalb der Anlageklassen ein Mindestmaß an Diversifikation aufweisen, um eine übermäßige Anlagenkonzentration und die damit einhergehende Kumulierung von Risiken in den Portfolios zu vermeiden. Die Mischung der Vermögensanlagen soll durch einen Risikoausgleich zwischen den verschiedenen Anlagen anlagetypische Risiken begrenzen und so die Sicherheit des gesamten Bestandes mit herstellen. Es gilt der Grundsatz, dass eine einzelne Anlageklasse nicht überwiegen darf.

Unter der Streuung ist die zur Risikodiversifizierung gebotene Verteilung der Anlagen aller Arten auf verschiedene Schuldner bzw. bei Immobilien auf verschiedene Objekte zu verstehen. Die Quoten werden risikoorientiert aus der Bonität der jeweiligen Schuldner(gruppe) abgeleitet.

Durch die Festlegung von Limiten in Bezug auf Anlageart, Emittenten und regionale Konzentrationen wird eine hohe Diversifikation des Portfolios erreicht. Das Konzentrationsrisiko wird dadurch gemindert und ist dementsprechend auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Versicherungstechnisches Risiko aus der Schaden- und Unfallversicherung

Das versicherungstechnische Risikoprofil des Unternehmens wird maßgeblich durch das Prämien- und Reserverisiko sowie durch die Katastrophenrisiken dominiert.

Daneben ist das Unternehmen in geringem Umfang dem lebensversicherungstechnischen Risiko ausgesetzt. Diese Exponierung basiert auf anerkannten Renten aus der Haftpflicht- und der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.

Eine Begrenzung des Risikoexposures in diesem Bereich wird durch angemessene Rückversicherungsverträge sowie durch das Instrument der Mitversicherung (Konsortialgeschäft) erreicht. Diesbezüglich arbeiten die öffentlich-rechtlichen Versicherer im Rahmen der Versicherungsgemeinschaft Großkunden (VGG) zusammen.

Zudem ist das Unternehmen Mitglied beim Allgemeinen Kommunalen Haftpflichtschaden-Ausgleich (AKHA). Dieser Rückdeckungsverband ermöglicht zwischen den kommunalen Erstversicherern einen Risikoausgleich für finanzielle Schwankungen bei größeren Schäden im Haftpflichtgeschäft.

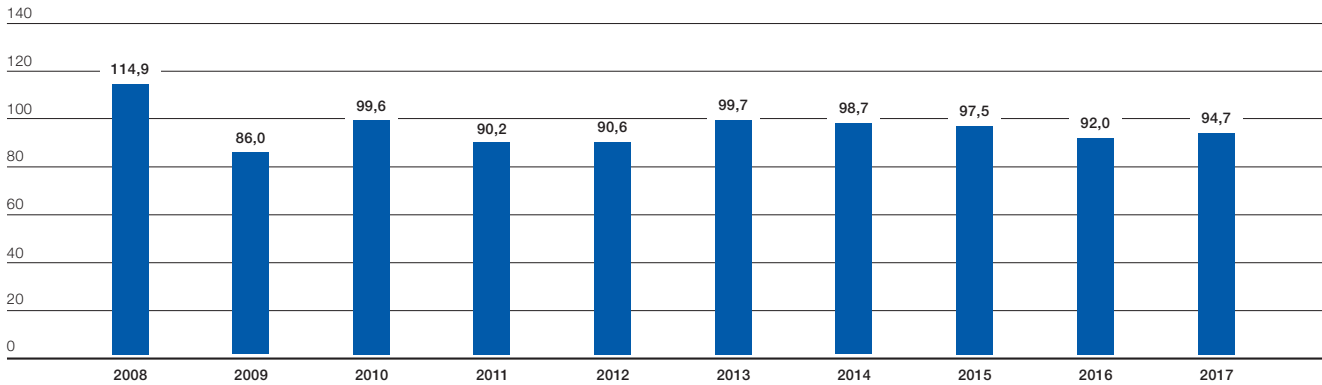
Prämien-/Reserverisiko

Das Prämienrisiko in der Nichtlebensversicherung spiegelt das Risiko wider, dass insbesondere die Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres die verdienten Beiträge übersteigen. Dem Prämienrisiko begegnet das Unternehmen durch eine differenzierte Beitragskalkulation unter Einbeziehung von Risikogesichtspunkten. Um das Versicherungsgeschäft auf Dauer erfolgreich betreiben zu können, wird das Prämienrisiko durch gezielte Risikoselektion begrenzt. Dieser Weg wird auch in Zukunft konsequent weiterverfolgt werden. Zufallsbedingte Schwankungen werden durch geeignete Rückversicherungsverträge begrenzt.

Die Rückversicherungsordnung wird jährlich entsprechend der gegebenen Risikotragfähigkeit im Einklang mit der Risikostrategie überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die im Jahr 2017 erzielte bilanzielle Schadenquote netto in Höhe von 94,7 Prozent lag unter dem durchschnittlichen Niveau der letzten zehn Jahre. Für das Jahr 2017 ergab sich eine um rückversicherte Kumulschadenergebnisse bereinigte Schadenquote in Höhe von 94,6 Prozent. Die bereinigte Schadenquote des Vorjahres lag bei 91,8 Prozent (2015: 97,4 Prozent; 2014: 98,7 Prozent). Gleichzeitig lag das Netto-Abwicklungsergebnis mit 1,42 (1,9) Prozent der Eingangsschadenrückstellung über dem durchschnittlichen Zehnjahresniveau.

Bilanzielle Schadenquote netto in Prozent



Das Reserverisiko bezeichnet die Gefahr, dass die gebildeten Schadenrückstellungen für bereits eingetretene, aber noch nicht gemeldete oder noch nicht vollständig abgewickelte Versicherungsfälle nicht ausreichen, um die tatsächlichen Schadenansprüche zu decken. Dies kann für das Unternehmen zu einem Abwicklungsverlust führen. Das Reserverisiko entsteht somit aus einer gegebenenfalls unzureichenden Schadenreservierung und einer sich daraus ergebenden Belastung des versicherungstechnischen Ergebnisses. Insbesondere in den Longtail-Sparten kann dies aufgrund der impliziten Laufzeiten ein höheres Risiko darstellen.

Grundsätzlich nimmt das Unternehmen zur Risikobegrenzung eine vorsichtige Rückstellungsbemessung vor. Über eine jährliche aktuarielle Schadeneinschätzung erfolgt eine Überprüfung der Angemessenheit der Schadenrückstellung. Hieraus können Empfehlungen an die operativen Bereiche abgeleitet werden.

Auf Ebene der Einzelsparten wird die Entwicklung der Rückstellung in den zuständigen Fachbereichen laufend überwacht. Zudem finden in den operativen Einheiten regelmäßig Rückstellungsprüfungen statt.

Dem Reserverisiko wird insbesondere durch eine ausreichend hohe Dotierung der Spätschadenreserve begegnet, die für Schäden gebildet wird, die voraussichtlich bereits eingetreten sind, aber dem Unternehmen noch nicht bekannt gemacht wurden. Die Spätschadenreserven werden auf Basis aktuarieller Methoden ermittelt. Insbesondere werden für Schäden mit einer langen Abwicklungsdauer Spätschadenreserven gebildet, die nach Versicherungsarten differenziert errechnet werden.

Katastrophenrisiko

Das Katastrophenrisiko besteht im Eintritt hoher Einzel- oder Kumulschäden. In der Nichtlebensversicherung wird in dieser Hinsicht insbesondere zwischen dem Naturkatastrophenrisiko und dem von Menschen verursachten

Risiko (Man-made-Risiko) differenziert. Dem Naturkatastrophenrisiko werden unter anderem Schäden infolge von Sturm, Hagel, Starkregen, Überschwemmung, Schneedruck oder Erdbeben zugerechnet. Aufgrund der Ausrichtung als Regionalversicherer mit überwiegender Exposition in Bayern und in der Pfalz weist das Unternehmen ein besonderes Kumulrisiko im Bereich Naturgefahren auf.

Im Rahmen einer statistischen 200-Jahre-Betrachtung weist die Naturgefahr Überschwemmung den größten Bruttoschaden für das Unternehmen auf. Bei der statistischen Schätzung der für das Unternehmen wesentlichen Naturgefahren war in den vergangenen Jahren ein Anstiegstrend zu beobachten. Aufgrund der vorliegenden Volatilität der Messung ist ein zufälliger Effekt allerdings nicht auszuschließen. Die Entwicklung wird regelmäßig beobachtet.

Zur Eingrenzung der Risiken beobachtet das Unternehmen ein eventuelles Abweichen des tatsächlichen vom erwarteten Schadenverlauf und präzisiert gegebenenfalls die Kalkulationen. Spitzenbelastungen durch hohe Einzel- und Kumulrisiken wird durch einen sorgfältig gewählten Rückversicherungsschutz begegnet.

Als Instrumente des Risikomanagements kommen mathematisch-naturwissenschaftliche Modellrechnungen zur Einschätzung von Naturkatastrophenrisiken sowie die Optimierung des Rückversicherungsschutzes aktiv zum Einsatz. Zufallsbedingte Schwankungen werden durch geeignete Rückversicherungsverträge begrenzt. Die Rückversicherungsordnung wird jährlich entsprechend der gegebenen Risikotragfähigkeit im Einklang mit der Risikostrategie überprüft und bei Bedarf angepasst.

Katastrophenrisiken aufgrund von höherer Gewalt oder aufgrund von Terroranschlägen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Der Konzern Versicherungskammer ist über die Deutsche Rückversicherung AG an der EXTREMUS Versicherungs-AG beteiligt. EXTREMUS bietet die Möglichkeit,

Großrisiken gegen Terrorschäden zu versichern. Ferner ist der Konzern am Solidaritätspool der öffentlichen Versicherer beteiligt. Der Solidaritätspool dient der Vermeidung von Deckungslücken im Rückversicherungsbereich.

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Banken, Rückversicherern, Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Die fälligen wertberechtigten Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 5,4 Mio. Euro. Davon entfielen auf wertberechtigte Forderungen, die älter als 90 Tage sind, 4,9 Mio. Euro.

Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gegenüber Kunden und Vermittlern um Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 0,04 Mio. Euro vermindert. Dem Risiko wurde mit geeigneten Bonitätsprüfungen bei der Annahme bzw. im Bestand mit geeigneten Maßnahmen im Mahnverfahren begegnet.

Der Vertrieb von Versicherungsprodukten durch Vermittler ist für das Unternehmen von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg. Um das Forderungsausfallrisiko gegenüber Vermittlern gering zu halten, wird der Auswahl sowie der laufenden Überprüfung der Vermittler eine besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft der vergangenen drei Jahre beträgt 0,35 Prozent, bezogen auf den Forderungsbestand.

Bei dem Unternehmen stellt das Ausfallrisiko gegenüber Rückversicherern die größte Risikoexponierung innerhalb des Gegenparteiausfallrisikos dar. Diesem Risiko wird mit einem etablierten Auswahlprozess sowie mit laufender Überwachung der Kreditwürdigkeit entgegengewirkt. Das konzernweite Rückversicherungsgeschäft wird nahezu vollständig durch den konzerninternen Rückversicherer (Rating „A“) kanalisiert und an den Markt gegeben.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen aufgrund von mangelnder Liquidität bzw. Fungibilität von Assets nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Bei der Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sind die zu erwartenden Zahlungsströme aller relevanten Aktiv- und Passivposten zu berücksichtigen. Das Liquiditätsmanagement des Unternehmens ist darauf ausgerichtet, allen finanziellen Verpflichtungen jederzeit und dauerhaft nachkommen zu können.

Dies geschieht insbesondere durch Planung und Überwachung aller zu erwartenden Zahlungsströme aus dem Kapitalanlagebereich und der Versicherungstechnik.

Im Rahmen der Finanzplanung werden, abgeleitet aus der Mittelfristplanung der Geschäftszahlen und einer Langfristsimulation der Zahlungsströme der Aktiv- und Passivseite, die unterjährigen, mittelfristigen und langfristigen Zahlungsströme sowie die notwendige Liquidität ermittelt.

Die Planung unterliegt regelmäßigen Analysen der Soll-Ist-Abweichung und wird turnusmäßig aktualisiert. Unter einer angemessenen Reserve für Liquiditätsengpässe wird das Vorhandensein ausreichender liquider Vermögenswerte verstanden, die zur Bedienung von kurzfristig schwankenden Zahlungsverpflichtungen vorzuhalten sind.

Aufgrund der für den gesamten Planungszeitraum prognostizierten jährlichen Liquiditätsüberschüsse und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist gewährleistet, dass sämtliche Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber allen Versicherungsnehmern, jederzeit erfüllt werden können. Darüber hinaus sorgt eine vorsichtige, konservative sowie taktische und strategische Asset-Allocation für eine angemessene Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten, die durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen hervorgerufen werden. Darüber hinaus werden Risiken aufgrund von externen Einflüssen berücksichtigt.

Das operationelle Risiko umfasst insbesondere Risiken in den Bereichen IT, Personal, Recht und Betrug, jedoch nicht strategische oder Reputationsrisiken. Zur Strukturierung der operationellen Risiken verwendet das Unternehmen die Kategorisierung des Operational Risk Insurance Consortium (ORIC).

Zum Schutz gegen den Ausfall von Datenverarbeitungssystemen sowie zur Gewährleistung der Datensicherheit hat das Unternehmen zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Risikominimierung getroffen. Dazu zählen ständige Sicherheits- und Qualitätsprüfungen durch interne und externe Spezialisten. Diese gewährleisten eine kontinuierliche Anpassung an die technische Weiterentwicklung und wirken somit risikominimierend in Bezug auf potenzielle technische Bedrohungen. Angemessene und regelmäßig getestete Notfallkonzepte können im Bedarfsfall abgerufen werden und beschränken damit gezielt das Risiko aus möglichen DV-technischen Störungen oder Ausfällen.

Personalrisiken können aus Fluktuation, Kapazitätsengpässen, Motivationsverlust bei Mitarbeitern und ähnlichen Ursachen resultieren. Um diese zu minimieren, kommen im Unternehmen neben der strategischen Personalplanung insbesondere Maßnahmen wie regelmäßige Mitarbeitergespräche, personelle Förderungs- und Fortbildungsprogramme, flexible Arbeitszeitgestaltung oder betriebliches Gesundheitsmanagement zum Einsatz.

Rechtliche Risiken können sich aus gesetzlichen oder vertraglichen Rahmenbedingungen sowie deren Änderungen ergeben. Dies umfasst zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken. Neue Regelungen und Gesetzesentwürfe werden durch die juristischen Abteilungen des Unternehmens laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen im Sinne einer Risikominimierung für das Unternehmen reagieren zu können.

Unter dem Betrugsrisiko werden alle internen und externen Betrugsfälle durch Mitarbeiter, Dienstleister oder Kunden zum Nachteil des Unternehmens erfasst. Dieses Risiko wird durch umfangreiche Überwachungs-, Sicherheits- und Regulierungsmaßnahmen beschränkt. Die Hauptabteilung Compliance sowie die Geldwäschebeauftragtenfunktion tragen unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Betrugsrisiken frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Das umfassende und ursachenbezogene Risikomanagement des Unternehmens sowie ein effizientes Internes Kontrollsystem vermindern diese Risiken. Durch laufende Überwachung der Einhaltung von Gesetzen sowie durch die Vorgabe von externen und internen Richtlinien werden die operationellen Risiken zusätzlich reduziert.

Das Business-Continuity-Management des Unternehmens gewährleistet, dass kritische Geschäftsfunktionen und -prozesse auch bei schwerwiegenden Störungen oder Katastrophen in Bezug auf ihre vorgegebenen Kernaufgaben mit den erforderlichen Qualitäts- und Zeitvorgaben erfüllt werden können.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko spiegelt sich darin wider, dass strategische Geschäftsentscheidungen oder deren unzureichende Umsetzung negative Folgen für die gegenwärtige oder zukünftige Geschäftsentwicklung eines Versicherers haben können. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen einem geänderten Wirtschaftsumfeld nicht angepasst werden. Das strategische Risiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Das Unternehmen überprüft jährlich seine Risikostrategie und passt die Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Für die Reputation des Unternehmens ist jeder Kontakt der Mitarbeiter, inkl. der Führungskräfte und Vorstandsmitglieder, zu Kunden, Vertriebspartnern, Eigentümern sowie der gesamten Öffentlichkeit wichtig.

Die Analyse des Risikos wird anhand eines Szenarioansatzes in Zusammenarbeit zwischen dem Konzernrisikokontrolling und der verantwortlichen Hauptabteilung Unternehmenskommunikation durchgeführt. Hier wird unterstellt, dass negative Ereignisse, die durch die Presse oder durch die sozialen Medien aufgegriffen werden, zu einem Neugeschäftsrückgang führen könnten.

Als Instrument zur Risikominderung wird ein umfangreicher und bewährter situativer Maßnahmenkatalog berücksichtigt. Zur Sicherung der Reputation des Unternehmens sind in der Aufbau- und Ablauforganisation zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, wie beispielsweise die Einberufung eines Krisenstabes. In den für die jeweilige Situation einberufenen Arbeitsgruppen werden alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren. Die Hauptabteilung Compliance trägt innerhalb des Konzerns Versicherungskammer unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Reputationsrisiken aufgrund von Rechtsverstößen frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Zudem hat sich der Konzern Versicherungskammer der Einhaltung des GDV-Verhaltenskodexes zur optimalen Beratung und Betreuung der Kunden sowohl durch die Unternehmen als auch durch die Vertriebspartner des Konzerns verpflichtet. Einen weiteren reputationsrelevanten Mehrwert für die Kunden liefert der Konzern durch den Beitritt zum Code of Conduct, der Verhaltensregeln für den Umgang mit Kundendaten in der Versicherungswirtschaft beinhaltet.

Im Rahmen des laufenden Risikomanagementprozesses wird das Reputationsrisiko regelmäßig überprüft.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und absehbare Risiken rechtzeitig zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu steuern.

Aus heutiger Sicht liegen jedoch keine Erkenntnisse über mögliche Risiken oder Gefahren vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Im Geschäftsjahr konnte die Qualität des Risikomanagements innerhalb des Unternehmens erneut nachhaltig gesteigert werden. Durch die

stetige Weiterentwicklung und Anpassung aller wesentlichen Prozesse, Systeme und Verfahren ist das Unternehmen auf die sich ändernden internen und externen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Risikolage angemessen vorbereitet.

Dies wird beispielsweise durch aktives Risikomanagement im Naturkatastrophenbereich deutlich. Interne Risikomodellierungen bilden in diesem Zusammenhang die Grundlage für die Ausrichtung einer adäquaten Rückversicherung.

Des Weiteren wurden umfangreiche Konzepte, Prozesse und Strukturen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen an das Risikoberichtswesen unter anderem RSR/SFCR) erstellt und etabliert. Gleichzeitig wurde die Risikostrategie entsprechend weiterentwickelt. Auch die Risikosteuerung konnte weiter verbessert werden. Dies erfolgte beispielsweise im Zuge der Weiterentwicklung des ORSA-Prozesses oder des Asset-Liability-Managements.

Die rechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Versicherer wurden in den letzten Jahren deutlich verändert. Das Unternehmen hat sich in der Vergangenheit intensiv auf die Umsetzung der Anforderungen aus Solvency II vorbereitet und die notwendigen Strukturen und Prozesse im Unternehmen etabliert.

Die Solvabilitätsbeurteilung nach Solvency II zeigt für das Unternehmen eine gute Ausstattung mit Solvenzkapital.

Nichtfinanzielle Erklärung

Nachhaltigkeit ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmensstrategie des Konzerns Versicherungskammer und kommt in einem verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit den Eigentümern, Kunden und Beschäftigten zum Ausdruck.

In der nichtfinanziellen Erklärung werden die wesentlichen Aktivitäten des Konzerns im Bereich der Nachhaltigkeit beschrieben. Zudem werden die Anforderungen des im April 2017 verabschiedeten Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten umgesetzt. Die Kriterien des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) bilden einen zentralen Baustein für die Konzeption und die Grundlage für Teile dieser Erklärung. Dies gilt insbesondere für die DNK-Kriterien Arbeitnehmerrechte, Qualifizierung, Gemeinwesen sowie gesetztes- und richtlinienkonformes Verhalten.

Angaben zum Geschäftsmodell und zum Multikanalvertrieb sind dem Abschnitt „Geschäft und Rahmenbedingungen“ des Konzernlageberichts und des Lageberichts der Ver-

sicherungskammer Bayern zu entnehmen. Bedeutsame nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden in der nichtfinanziellen Erklärung beschrieben oder im Personal- und Sozialbericht des Konzerns im Hinblick auf arbeitnehmerrelevante Sachverhalte separat tabellarisch dargestellt (Fluktuationsquote, Frauenquote).

Sofern wesentliche Risiken existieren, die sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die nichtfinanziellen Aspekte gemäß § 289c Abs. 2 HGB haben oder haben werden, werden diese im Chancen- und Risikobericht thematisiert.

Nachfolgend werden die wesentlichen Sachverhalte und Maßnahmen des Konzerns und damit auch der Versicherungskammer Bayern im Bereich der Nachhaltigkeit dargestellt, die Angaben zu den in § 289c Abs. 2 HGB genannten nichtfinanziellen Aspekten Umweltbelange, Arbeitnehmerbelange, Sozialbelange, Achtung der Menschenrechte sowie Bekämpfung von Korruption und Bestechung beinhalten.

Verantwortung als Investor

Nachhaltige und ethische Investments

Die Kapitalanlagestrategie des Konzerns Versicherungskammer ist ausgerichtet auf eine langfristige und nachhaltige Erfüllung der Verpflichtungen. Auf der Grundlage einer konzernweit gültigen Kapitalanlageleitlinie werden Kapitalanlagen nach den Prinzipien Sicherheit, Rentabilität und Liquidität im Interesse der Versicherungsnehmer nach einem abschließend definierten Anlagekatalog ausgewählt.

Im Konzern Versicherungskammer werden gewisse Kapitalanlagen aus ethischer Sicht abgelehnt. In der Kapitalanlageleitlinie wurden deshalb die folgenden Anlagemöglichkeiten ausgeschlossen: Kapitalanlage in Agrarrohstoffe, Spekulationen auf Nahrungsmittel und Investitionen in Unternehmen, die auf der Liste controversial weapons der oekom research AG stehen und z. B. atomare, biologische oder chemische Waffen herstellen. Durch die Berücksichtigung dieser Ausschlusskriterien wird auch zur Achtung der Menschenrechte beigetragen.

Ökologische Kriterien werden in der Kapitalanlage unter Beachtung der Kapitalanlageleitlinie durch die gezielte Auswahl von ökologischen Einzelinvestments, z. B. in zukunftsträchtige Bereiche wie erneuerbare Energien, berücksichtigt. Das Kriterium Ökologie unterliegt im Wesentlichen der Nebenbedingung, dass Risiken nur in beschränktem Ausmaß eingegangen werden können und dass mit dem Investment eine angemessene, planbare Rendite erzielt werden kann. Der Konzern Versicherungskammer trägt Umweltbelangen Rechnung, indem unter

Beachtung von Rendite- und Risikoaspekten und der Zielsetzung der Diversifikation gezielte Einzelinvestments in ökologisch-zukunftsträchtige Bereiche getätigt werden.

Der Vorstand befasst sich regelmäßig mit gesetzlichen Vorgaben und gesellschaftlichen Entwicklungen in Bezug auf die Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage. Als Ergebnis dieser Analyse können beispielsweise bestimmte Anlagen aufgrund von ethischen oder ökologischen Kriterien aus dem Anlageuniversum ausgeschlossen werden.

Im Anhang der Versicherungskammer Bayern werden die Entwicklungen der Kapitalanlagen für den Gesamtbestand nach Bilanzposten sowie die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben. Im Lagebericht wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen im Abschnitt „Ertragslage“ und die mit Kapitalanlagen verbundenen Risiken im Abschnitt „Chancen- und Risikobericht“ beschrieben.

Soziale und ökologische Aspekte im Immobilienmanagement

Auch im Bereich des Immobilienmanagements und des Immobilieninvestments verfolgt der Konzern Versicherungskammer eine nachhaltige Strategie. Diese bezieht sich sowohl auf die eigenen Bestandsgebäude als auch auf Investments in den Bau und Betrieb von nachhaltigen (Fremd-)Immobilien. Beim Erwerb von Immobilien werden ökologische und soziale Zielsetzungen durch die Einbeziehung von Nachhaltigkeitskriterien in den Entscheidungsprozess berücksichtigt. Durch die Bindung der Anlagetätigkeit an die Ziele der Versicherungsnehmer sind ökologische und soziale Immobilieninvestments an die Grundbedingung geknüpft, dass Rendite und Risiko in einem angemessenen Verhältnis stehen und die Diversifikation der Risiken gegeben ist.

Im Fokus der Verfolgung ökologischer Ziele steht etwa der Bau umweltfreundlicher, energieeffizienter und bauökologischer Gebäude. Zudem erfolgt ein Einsatz nachhaltiger Materialien durch die Einhaltung der materialökologischen Mindestanforderungen nach einschlägigen Standards.

Die Konzernzentrale des Konzerns Versicherungskammer in München-Giesing hat beispielsweise als erstes Bestandsgebäude in Deutschland ein Platin-Zertifikat nach LEED (Leadership in Energy and Environmental Design) als bestmögliche Auszeichnung erhalten. Mit dem US-amerikanischen Nachhaltigkeits-Label LEED werden weltweit besonders nachhaltige Gebäude ausgezeichnet. Das vom US Green Building Council (USGBC) betriebene Label definiert und bewertet Standards für umweltfreundliche, energieeffiziente und ressourcenschonende Gebäude.

Im Rahmen der Modernisierung eines seiner Bürogebäude in München-Giesing hat der Konzern Versicherungskam-

mer zudem ein modernes Open-Space-Bürokonzept umgesetzt, das von Offenheit und Flexibilität geprägt ist und auf diese Weise kreatives sowie hierarchieübergreifendes Arbeiten fördert. Abgeschirmte Arbeitsräume (sogenannte „Cubes“) bieten zudem Rückzugsmöglichkeiten für konzentrierte Einzelarbeit. Neben zahlreichen Maßnahmen zur Optimierung der Raumqualität wurde mit dem Einsatz schadstoffarmer Bauprodukte, wie z.B. dem aus Recyclingmaterial hergestellten Teppichboden, oder der Verwendung von lösungsmittelfreien Anstrichen, auch material-ökologischen Gesichtspunkten in hohem Maße Rechnung getragen.

Das vom Konzern Versicherungskammer entwickelte und realisierte Verwaltungsgebäude Lübeckertordamm in Hamburg wurde von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) im Rahmen des Deutschen Gütesiegels Nachhaltiges Bauen, Version „Neubau Büro- und Verwaltungsgebäude“, das höchste Zertifikat in Gold verliehen. Mit diesem Gütesiegel werden ökologische, ökonomische, soziokulturelle, technische und prozessuale Qualitäten des Gebäudes bewertet.

Der Konzern Versicherungskammer verfolgt neben ökologischen auch soziale Ziele durch den Erwerb und den Betrieb von Liegenschaften, in denen Wohnungen nach dem sogenannten München-Modell vermietet werden und Wohnraum nach der Einkommensorientierten Förderung (EOF) geschaffen wird. Das Unternehmen unterstützt auf diese Weise das Angebot der Stadt München, Familien mit Kindern und Haushalten mit mittlerem Einkommen Wohnungen zu tragbaren Mieten bereitzustellen.

Darüber hinaus beteiligt sich das Unternehmen an der Förderung von Mietwohnraum nach der Einkommensorientierten Förderung (EOF) über Darlehen, an einem Zuschuss für den Bauherrn sowie an einem laufenden, einkommensabhängigen Zuschuss zur Wohnkostenentlastung für die begünstigten Haushalte. Diese Strategie wurde durch den Erwerb von Wohnungen nach dem München-Modell und den Erwerb von Wohnungen für das barrierefreie und auch altersgerechte Wohnen im Großraum München umgesetzt.

Der Vorstand befasst sich regelmäßig mit gesetzlichen Vorgaben und gesellschaftlichen Entwicklungen in Bezug auf die Nachhaltigkeit im Immobilienmanagement. Als Ergebnis dieser Analyse können beispielsweise bestimmte Anlagen aufgrund von ethischen, sozialen oder ökologischen Kriterien aus dem Anlageuniversum ausgeschlossen werden.

Im Anhang werden Immobilieninvestments im indirekten Bestand innerhalb der Entwicklung der Kapitalanlagen aufgeführt. Immobilien im Direktbestand werden in der Bilanz eigenständig ausgewiesen. Im Lagebericht werden

immobilienbezogene Risiken im Abschnitt „Chancen- und Risikobericht“ beschrieben.

Verantwortung zur Regelkonformität

Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Die Bekämpfung von Korruption und Bestechung wird von allen Führungskräften und Mitarbeitern des Konzerns Versicherungskammer sehr ernst genommen. Eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit mit Kollegen und Geschäftspartnern ist der Verhaltenskodex des Konzerns, der die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption klar fest schreibt. Darin bekennt sich der Vorstand ausdrücklich zu den Compliance-Grundsätzen und zur Korruptionsbekämpfung. Im Verhaltenskodex ist der Grundsatz der Nichtduldung von jeglicher Verwicklung bzw. Tolerierung illegaler Handlungen festgehalten.

Aus dem Verhaltenskodex leiten sich umfangreiche konzerninterne Regelwerke ab, wie z.B. die Richtlinie zum Umgang mit Interessenkonflikten und die Richtlinie zum Umgang mit Zuwendungen, die Leitlinie zur internen Revision, die Richtlinie zum Umgang mit dolosen Handlungen oder die Einkaufsrichtlinie für die Beschaffungsprozesse. Zudem sind die Versicherungsunternehmen des Konzerns dem Verhaltenskodex des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) für den Vertrieb von Versicherungsprodukten beigetreten, um eine hohe Qualität in der Kundenberatung sicherzustellen.

Zur Korruptionsprävention wurden verschiedene organisatorische Einheiten und Prozesse eingerichtet. Die Einrichtung einer Compliance-Hauptabteilung als zentrale organisatorische Einheit innerhalb des Compliance Management Systems (CMS) basiert auf der gesetzlichen Anforderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG), das explizit die Compliance-Funktion und deren Aufgaben beschreibt. Im Rahmen eines flächendeckenden internen Kontrollsystems (IKS) werden zudem Fraud-Risiken in den Fachabteilungen gemindert.

Ziel ist es, die Rechtskonformität aller Geschäftsvorfälle im Konzern und damit auch in der Versicherungskammer Bayern sicherzustellen sowie jede Art von Korruption und Bestechung zu bekämpfen. Damit sollen finanzielle Schäden und ein Reputationsverlust für die Unternehmen vermieden werden.

Im Rahmen der Früherkennung sollen neue Korruptionsrisiken frühzeitig identifiziert werden, die hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensmaß in einer jährlichen Risikoanalyse bewertet und durch Verantwortliche in den Fachbereichen kontrolliert werden. Die Konzern-Compliance überwacht die Durchführung der Kontrollmaßnahmen.

Ergänzt wird die Bekämpfung von Korruption und Bestechung durch aufklärende Tätigkeiten der Konzernrevision, wie z. B. durch eine flächendeckende anonymisierte Zahlungsstromanalyse oder ein Frühwarnsystem, das der Analyse von Verdachtsfällen dient, welche die Fachbereiche an die Konzernrevision melden. Jedem Verdachtsfall wird im Konzern Versicherungskammer konsequent nachgegangen.

Die Betrugsbekämpfung wird im Konzern Versicherungskammer ebenfalls aktiv wahrgenommen. Neben dem Einsatz spezieller Anti-Betrugssoftware in den Leistungsbereichen werden bei Bedarf externe Prüfdienstleister im Rahmen der Schadenbearbeitung eingeschaltet.

Über verschiedene Kommunikationskanäle erfolgt eine Sensibilisierung aller Mitarbeiter und Führungskräfte im Hinblick auf Korruption, Bestechung und Betrug. So erfolgen turnusmäßig zahlreiche Schulungen vor Ort und webbasiert für alle Mitarbeiter des Konzerns. Bei Betrugsverdacht können sich Mitarbeiter anonym an eine externe Meldestelle wenden, die dem Verdacht nachgeht. Es gab keine offiziell bestätigten Korruptionsfälle im Berichtsjahr im Konzern und damit auch keine in der Versicherungskammer Bayern.

Das Management ist in die Korruptionsbekämpfung im Konzern Versicherungskammer stark eingebunden. So wurden der Verhaltenskodex und die entsprechenden Richtlinien von den Leitungsgremien der Konzernunternehmen beschlossen. Neben der jährlichen Prüfungsplanung der Konzernrevision, die mit dem Vorstand abgestimmt wird, findet eine unterjährige Beauftragung von Sonderprüfungen durch die Konzernleitung statt. Durch ein umfangreiches Berichtswesen der Konzern-Compliance und der Konzernrevision werden alle Vorstände über die Korruptionsbekämpfung fortlaufend informiert. Die Konzern-Compliance berichtet regelmäßig an die Chief Compliance Officer (CCOs). Zudem sind die Konzernrevision und die Konzern-Compliance Teil des Governance Board und berichten an dieses Gremium.

Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Das Risikomanagementsystem des Konzerns Versicherungskammer schließt selbstverständlich auch die Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Anti Money Laundering) ein. Ziel ist es, zu jedem Zeitpunkt die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen vollumfänglich zu erfüllen. Die Hauptabteilung Geldwäschebeauftragte Konzern stellt die Einhaltung der Verpflichtungen im Konzern und damit auch in der Versicherungskammer Bayern sicher.

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung treten in vielfältigen Erscheinungsformen auf, die von unmittelbaren Geldtransfers bis hin zu verschleiert durchgeführten Transaktionen reichen. Die Maßnahmen im Konzern Versicherungskammer zielen darauf ab, das Risiko, für diese Art von Geschäften missbraucht zu werden, zu minimieren.

Hierzu wird eine unternehmensspezifische Risikoanalyse erstellt, die alle relevanten Risiken aus Sicht des Unternehmens enthält. Die Bruttoisiken werden regelmäßig überprüft und bewertet. Durch interne Sicherungsmaßnahmen werden die Risiken so weit wie möglich eliminiert. Zu den internen Sicherungsmaßnahmen gehören unter anderem klar definierte Prozesse und Verantwortlichkeiten, Schulungen zur Sensibilisierung der Mitarbeiter und Vertriebspartner sowie effektive Kontrollen. Die Versicherungskammer nutzt zu diesem Zweck einen ganzheitlichen Ansatz auf Basis des „Know-your-Customer-Prinzips“.

Die Aktivitäten zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umfassen die Einhaltung der Vorschriften zur Identifizierung (Erfassung, Authentifizierung und Aufbewahrung der Kundendaten), die Überprüfung, ob gegebenenfalls ein Dritter als wirtschaftlich Berechtigter für den Kunden handelt, die Identifizierung verdächtiger Transaktionen und deren sensible Weiterbearbeitung, die Erarbeitung spezifischer Risikoanalysen, die Entwicklung, Aktualisierung und Umsetzung interner Richtlinien, Verfahren und Kontrollen sowie die Erstellung eines Kataloges mit Anforderungen zur Umsetzung der Bestimmungen. Die Geldwäschebeauftragte arbeitet eng mit allen Fachbereichen des Unternehmens zusammen.

Liegen konkrete Verdachtsmomente vor, werden sofort Untersuchungen durch speziell geschulte interne Experten vorgenommen und gegebenenfalls ein Meldeprozess an Ermittlungsbehörden in Gang gesetzt. Auf diese Weise werden die Konzernunternehmen und Kunden vor wirtschaftskriminellen Handlungen geschützt und die Versicherungskammer kommt ihren gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen vollumfänglich nach.

Das Management ist in die Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eng eingebunden. Über den integrierten Managementbericht und die Berichte der Abteilung Interne Revision erhalten die Vorstände und Geschäftsführer der Konzernunternehmen zudem eine umfangreiche Berichterstattung. Die Geldwäschebeauftragte ist darüber hinaus Mitglied des Governance-Ausschusses des Konzerns Versicherungskammer.

Verantwortung als Arbeitgeber

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Der Konzern Versicherungskammer verfolgt eine familienbewusste Personalpolitik, die zum Ziel hat, die Verbundenheit der Mitarbeiter mit dem Unternehmen zu fördern und sich im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren.

Seit dem Jahr 2009 wird der Konzern Versicherungskammer von der berufundfamilie Service GmbH, einer Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, regelmäßig als familienfreundliches Unternehmen mit dem Zertifikat „audit berufundfamilie“ ausgezeichnet. Das „audit berufundfamilie“ erfolgte in drei Phasen; im Jahr 2019 wird sich ein Dialogverfahren anschließen. In diesem Verfahren wird dem Konzern Versicherungskammer die eigenverantwortliche Steuerung und Gestaltung seiner familien- und lebensphasenbewussten Personalpolitik überlassen. Das ab diesem Zeitpunkt dauerhafte Zertifikat muss alle drei Jahre zur Sicherung der Qualität mit dem Dialogverfahren von „berufundfamilie“ bestätigt werden. Der Vorstand war in den gesamten Verfahrensprozess eingebunden.

Der Konzern Versicherungskammer bietet seinen Mitarbeitern viele Möglichkeiten und Hilfestellungen an, um eine größere Balance zwischen Beruf und Familie zu schaffen. Ziel ist es, eine Stärkung der Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen zu erreichen und die Interessen der Beschäftigten mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Beispiele für realisierte Maßnahmen finden sich auf der Ebene der Arbeitsorganisation, wie etwa die variable Arbeitszeit mit zahlreichen Teilzeitangeboten, sowie im Bereich der Führungskräftequalifikation und in Weiterbildungsangeboten zum Thema „Management von Beruf, Familie und Privatleben“. Bei den Themen „Beruf und Kinder“ sowie „Beruf und Pflege“ werden die Mitarbeiter durch externe Familiendienstleister unterstützt. Zudem wurden regionale Kooperationen mit arbeitsplatznahen Kindergärten und Kinderkrippen geschlossen. Darüber hinaus unterstützt der Konzern mit Angeboten, wie z. B. Jobsharing für Führungskräfte, der Option des mobilen Arbeitens oder Beratungen rund um das Thema „Elternzeit und Wiedereinstieg“.

Förderung von Mitarbeitervielfalt

Diversity bedeutet Vielfalt und beschreibt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Menschen. Der Konzern Versicherungskammer möchte das Bewusstsein und die Transparenz für diese Vielfalt fördern und Beispiel dafür sein, das Potenzial dieser Vielfalt für das Unternehmen, dessen wirtschaftlichen Erfolg und im Sinne der Kunden zu heben.

Diversity zählt auch auf das Leitbild des Konzerns Versicherungskammer ein. Bei der Förderung von Vielfalt im Konzern wird ein besonderes Augenmerk auf Faktoren wie Demografie, Umgang mit technischer Entwicklung, Herkunft, Wertvorstellungen, Tradition sowie Flexibilität und Veränderung gelegt. Durch die Nutzung verschiedener Talente und Perspektiven soll das Kundenverständnis gefördert, die erfolgreiche Zusammenarbeit ausgebaut und die Zukunft des Unternehmens gemeinsam aktiv gestaltet werden. Diese Kultur versteht der Konzern als permanenten Prozess für nachhaltigen Erfolg.

Im Rahmen des Diversity-Programms sind Mitarbeiter und Führungskräfte eingeladen, sich auf freiwilliger Basis in Arbeitsgruppen einzubringen und so aktiv die Unternehmenskultur mitzugestalten. Die Konzernleitung ist über eine Mitgliedschaft im Lenkungsausschuss „Diversity“ eingebunden. Zudem haben Vorstände Patenschaften für einzelne Diversity-Maßnahmen übernommen.

Im Jahr 2017 wurden verschiedene Maßnahmen aufgesetzt. Diversity-Wochen mit Marktständen und Führungen an den Standorten Berlin, München und Saarbrücken machten das Thema im Konzern bekannter, adressierten es an eine breite Öffentlichkeit und luden zum Austausch und Mitmachen ein. Zudem entwickelten fünf Arbeitsgruppen Maßnahmen zu den Themen Jobsharing, Kompetenzen von Menschen mit Handicap nutzen, Zusammenarbeit an den verschiedenen Standorten des Konzerns intensivieren, hierarchieübergreifendes Arbeiten fördern sowie Erfahrungen aus anderen Branchen für den Konzern Versicherungskammer nutzbar machen. Die Tätigkeit in den Arbeitsgruppen wird bis in das erste Quartal 2018 fortgeführt werden.

Darüber hinaus engagiert sich der Konzern Versicherungskammer seit nunmehr fünf Jahren für „Frauen und Karriere“. In den Anfängen hatte sich ein Frauennetzwerk zum Ziel gesetzt, Frauen zu fördern, Anstöße zu einer familienfreundlichen Personalpolitik zu geben und Frauen verstärkt für Führungspositionen zu begeistern. An der Umsetzung dieser Ziele wird auch weiterhin gearbeitet. In Symposien beschäftigen sich Teilnehmerinnen damit, wie Karriere und Familie funktionieren kann. Standortberaterinnen unterstützen aktiv an den Standorten München, Berlin und Saarbrücken Frauen, die sich für eine Führungsfunktion interessieren.

Betriebliche Aus- und Weiterbildung

Mit einem vielfältigen Aus- und Weiterbildungsprogramm bietet der Konzern Versicherungskammer seinen Mitarbeitern attraktive Förder- und Entwicklungsmöglichkeiten an. Ziel ist es, die Mitarbeiter auf neue Anforderungen des Markts (z. B. Digitalisierung) vorzubereiten, deren Verbundenheit zu stärken und das Unternehmen in Zeiten des

Wandels und des intensivierten Wettbewerbs nachhaltig und erfolgreich weiterzuentwickeln.

Der Konzern bietet Berufsanfängern ansprechende Einstiegs- und Karrieremöglichkeiten an und beschäftigte im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 298 Auszubildende.

Darüber hinaus werden attraktive Studenten- und Traineeprogramme angeboten, um den Management-Nachwuchs zu fördern und sich als reizvoller Arbeitgeber zu positionieren. Zu dem Programm gehören etwa berufsbegleitende Studiengänge, insbesondere die Teilnahme am Executive Master of Insurance an der Ludwig-Maximilians-Universität München, sowie ein vierzehntonatiges Traineeprogramm, das Hochschulabsolventen auf eine Spezialisten- oder Führungsaufgabe im Konzern vorbereitet.

Eine breite Palette an fachlichen und persönlichkeitsbildenden Qualifikationen rundet zudem das allgemeine Weiterbildungsportfolio ab. Zur Ausbildung und Förderung des mittleren und oberen Managements bietet der Konzern hauseigene Auswahl- und Weiterbildungsprogramme an, seit dem Jahr 2017 z. B. auch ein Train-the-Trainer-Programm. Neben zielgruppengerechten Seminaren und Weiterbildungen, die agile Arbeitsweisen fördern, wird auch der Einsatz vielfältiger Softwareformate zum „Learning on Demand“ ermöglicht.

Das Aus- und Weiterbildungsprogramm wird zentral durch die Personalentwicklung ausgearbeitet, evaluiert und mit dem Personalvorstand abgestimmt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Der Konzern Versicherungskammer fördert die Gesundheit seiner Mitarbeiter mit einem professionellen und ganzheitlichen Konzept. Ziel ist es, die Beschäftigten in ihren mentalen, physischen und professionellen Reserven zu stärken sowie ihr Wohlbefinden und ihre Leistungsfähigkeit zu fördern. Dies wird durch ein systematisches Management der betrieblichen Gesundheit und durch Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung der Mitarbeiter für ihre Gesundheit erreicht.

Im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements bietet der Konzern seinen Beschäftigten deshalb ein umfassendes und vielfältiges Programm an, das unter einem jährlich wechselnden Motto steht (z. B. im Vorjahr „2017bewegend“). Zu den Angeboten zählen unter anderem die ärztliche Beratung und Betreuung, Empfehlungen für die gesundheitsbewusste Arbeitsgestaltung und für die bewegte Pause, die Gesundheitstage mit Vorträgen und Informationsständen zu zahlreichen gesundheitsrelevanten Themen, Sport- und Entspannungsprogramme im Sportverein und im Fitnessstudio (VKBFit), Gesundheitstipps im Intranet und vieles mehr. Der Vorstand unter-

stützt aktiv das Betriebliche Gesundheitsmanagement und beschließt die einzelnen Maßnahmen.

Nachhaltige Betriebsgastronomie

Die Betriebsgastronomie des Konzerns Versicherungskammer wird seit Jahren nach ökologischen Kriterien geführt und verfügt gastronomisch über ein gesundheitsorientiertes Konzept. Für beide Schwerpunkte gewann die Versicherungskammer diverse Branchenpreise, z. B. den INTERNORGA Zukunftspreis.

Der ökologische Kurs findet sich in zahlreichen Maßnahmen wieder, beispielsweise einem ca. 30-prozentigen Bioanteil, Fleischeinkauf zu ca. 50 Prozent über regionale Lieferanten und Direktvermarkter sowie ausschließlichem Verkauf von MCS-zertifizierten Fischen. Zusätzlich entschied man sich für einen vollständig CO₂-neutralen Kaffeebarbetreiber.

Im Sinne der Arbeitsplatzattraktivität als moderner Arbeitgeber und zum Erhalt der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer verfolgt die Betriebsgastronomie beauftragt durch Vorstand und Betriebsrat, einen gesundheitsorientierten Kurs. Darüber hinaus möchte die Betriebsgastronomie die ganzheitliche Ernährungskompetenz der Gäste fördern. Um auch öffentlichkeitswirksam auf Probleme im sozialen Kontext hinzuweisen, werden verschiedene Aktionen unterstützt, wie z. B. ein Crowdfarming-Projekt für Orangenbäume. Zusätzlich wird einmal wöchentlich Biobrot angeboten, wobei Teile der Umsätze der Münchner Tafel gespendet werden.

Soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Sponsoring

Für den Konzern Versicherungskammer hat das gesellschaftliche Engagement, traditionell verbunden mit regionaler Nähe, eine hohe Bedeutung. Durch Mitgliedschaften, Spenden und Sponsoring nimmt der Konzern Verantwortung über das reine Versicherungsgeschäft hinaus nachhaltig wahr. Förderschwerpunkte seines teils seit vielen Jahren bzw. Jahrzehnten bewährten Sponsorings liegen insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Prävention und Soziales.

Der Konzern Versicherungskammer verfügt bereits seit Langem über ein nachhaltiges Sponsoringkonzept. Ziel ist es, Institutionen, Vereine und Initiativen nachhaltig zu fördern, die Aspekte wie Prävention, Schutz und Sicherheit fokussieren. Bei allen langjährigen Partnerschaften achtet er darauf, dass sie in das Unternehmen eingebettet werden und dass sich die Mitarbeiter mit den geförderten Partnern identifizieren. Dies geschieht einerseits über vertraglich vereinbarte finanzielle Zuwendungen, andererseits durch regelmäßige Aktionen seitens der Partner im Haus

oder durch die Förderung der Mitarbeiter bei ehrenamtlichen Engagements.

Langjährige Sponsoringpartner sind in erster Linie der Deutsche Alpenverein (DAV), die Benefizaktion „Sternstunden“ des Bayerischen Rundfunks, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG), die Sportstiftung Saar, Bike-Aid e. V. sowie die Feuerwehren in Bayern, in der Pfalz, im Saarland, in Berlin und in Brandenburg.

Im Rahmen der Partnerschaften mit den Feuerwehren im Geschäftsgebiet leistet der Konzern Brandschutzerziehung und finanzielle Unterstützung, auch bei der Gründung von Kinderfeuerwehren. Er unterstützt diesen ehrenamtlichen Dienst auch durch zahlreiche Aktionen. Drei Beispiele für besondere Erfolge sind der Schaumtrainer (ein Übungsgerät für die Brandbekämpfung), der Sonder-signalfahrt-Trainer (für das Üben gefährlicher Situationen im Simulator) und die Aktion „Richtig Feuer löschen“.

Der Konzern fördert auch den Landesverband der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die DLRG-Jugend in Bayern. Der Konzern unterstützt die Ehrenamtlichen der DLRG seit vielen Jahren finanziell und mit didaktischen Materialien. Damit trägt er zur Sicherheit von Kindern auf dem Eis und im Wasser bei.

Ein weiterer Förderschwerpunkt des sozialen Engagements ist die Benefizaktion „Sternstunden“ des Bayerischen Rundfunks, die bedürftige und notleidende Kinder unterstützt. Der Konzern trägt seit über 20 Jahren gemeinsam mit den Partnern der Sparkassen-Finanzgruppe in Bayern dazu bei, dass jede Spende von Bürgern direkt den Bedürftigen zugutekommt, auch deshalb, weil er sich an den Verwaltungskosten der Benefizaktion beteiligt. Einmal jährlich engagieren sich die Auszubildenden des Konzerns bei einem „Sozialen Tag“.

Sicherheit und Prävention sind auch die Ziele, die der Konzern mit dem Deutschen Alpenverein seit dem Jahr 1997 verfolgt. Als langjähriger Partner im Bereich Hütten und Wege unterstützt er sowohl finanziell wie auch ideell. Er hilft mit, Wege und Steige in den Bergen sicherer zu machen. Seine Trainees arbeiten jedes Jahr beim Wegebau mit.

Förderwürdige Projekte werden auf Basis von Förderrichtlinien ausgewählt und im Konzern Versicherungskammer geprüft. Gemeinsam mit dem Vorstand wird über eine Förderung entschieden. In der Regel schließt der Konzern die Kooperationsverträge über einen Zeitraum von drei Jahren mit Option auf Verlängerung. Jährlich werden mit den Partnern Evaluationsgespräche über den Erfolg der Partnerschaft im vorangegangenen Jahr geführt und gemeinsame Aktionen für das Folgejahr festgelegt.

Versicherungskammer Stiftung

Zum 200-jährigen Bestehen der Versicherungskammer wurde die Versicherungskammer Stiftung (VKS) im Jahr 2011 gegründet. Gemäß Satzung ist der Zweck dieser gemeinnützigen Stiftung, durch Förderung von Projekten oder durch eigene operative Arbeit die Sicherheit für Bürger in der Gesellschaft zu erhöhen und das Zusammenleben der Bürger zu stärken. Dies wird umgesetzt durch Förderprojekte in den Bereichen Ehrenamt, Zivilcourage, Gefahrenprävention, Lebensrettung, Jugendbildung, Verkehrssicherheit und Brandschutz. Seit dem Jahr 2014 liegt ein weiterer Schwerpunkt der VKS darin, Menschen zum ehrenamtlichen Engagement zu befähigen und ihre gesellschaftliche Anerkennung zu fördern.

Die Stiftung verwirklicht ihre Ziele insbesondere durch Förderung von gemeinnützigen Projekten, operative Durchführung von Netzwerkveranstaltungen sowie die Vergabe von Anerkennungspreisen gemäß einem jährlich wechselnden Jahresmotto (Motto des Jahres 2017: „Generationenübergreifendes Ehrenamt“). Seit der Stiftungsgründung konnten 48 Projekte, davon 15 im Jahr 2017, erfolgreich realisiert und begünstigt werden. Dies hat dazu geführt, das Engagement auch in den Folgejahren in gleicher Weise fortführen zu wollen.

Potenzielle Förderprojekte werden durch den Stiftungsvorstand im Rahmen mehrmaliger Vorstandssitzungen im Jahr geprüft und nach festgelegten Förderkriterien, die in der Satzung und in einer Förderrichtlinie verankert sind, vorgestellt und über deren Förderung beschlossen. Die Förderprojekte werden regelmäßig durch den Stiftungsvorstand anhand der abgeschlossenen Fördervereinbarungen überwacht und im Rahmen der Vorstandssitzungen diskutiert. Weitere Projekte sind das Forum „Ehrenamt“ mit der Veranstaltung eines Ehrenamt-Symposiums, das Forum „engagiert-diskutiert“, die Vergabe eines Ehrenamtspreises sowie die Vergabe des Bayerischen Verkehrssicherheitspreises.

Versicherungskammer Kulturstiftung

Die Versicherungskammer gründete im Jahr 2014 eine gemeinnützige Stiftung, die Versicherungskammer Kulturstiftung. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Der Stiftungszweck wird insbesondere durch das Engagement im Kunst-, Ausstellungs- und Aufführungsbetrieb sowie durch die Förderung von kultureller Bildung und Vielfalt verfolgt. Die Stiftung ist in erster Linie operativ tätig, das heißt, sie konzipiert und realisiert ihr gemeinnütziges Programmangebot selbst.

Beispielhafte Projekte der Stiftung sind das wissenschaftlich kuratierte Ausstellungsprogramm mit nationalen und internationalen Künstlern, museumspädagogische Führungen, Vernissagen mit Fachvorträgen und Buchpräsen-

tationen, wechselnde Konzerte mit Künstlern der zeitgenössischen Klassik und des Jazz sowie Kooperationen mit Partnern zur musikalischen Nachwuchsförderung und zur Förderung einer lebendigen Stadtteilkultur.

Seit der Stiftungsgründung im Jahr 2014 konnten 12 Ausstellungen, über ein Dutzend Konzertveranstaltungen, 18 Preisvergaben wie der Bayerische Museumspreis und der Giesinger Kulturpreis (im jährlichen Wechsel) sowie zahlreiche Kulturprojekte erfolgreich realisiert und darüber hinaus gemeinnützige Institutionen mit Fördergeldern bedacht werden. Im Jahr 2017 wurden mehr als 20 Projekte realisiert.

Stetig steigende Besucher- und Abonnentenzahlen, ausgebuchte Veranstaltungen sowie eine intensive Presseberichterstattung in Print und TV, online sowie in den Social Media bestätigen den Erfolg und die öffentliche Wahrnehmung der Stiftungsaktivitäten. Der dreigliedrige Stiftungsvorstand aus Mitgliedern der Unternehmensleitung steuert die Prozesse und hat zur Erfüllung der Stiftungszwecke zwei hauptamtliche Geschäftsführer beauftragt. Operative wie auch Förderprojekte werden im Rahmen der Vorstandssitzungen geprüft und zweckbezogen ausgewählt. Die Projektverläufe und -ergebnisse werden durch Projektberichte und ein Jahresjournal dokumentiert und regelmäßig durch den Vorstand geprüft.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das weltwirtschaftliche Umfeld wird sich vor dem Hintergrund einer wachsenden Investitionsnachfrage und einer positiven Entwicklung des Welthandels im Jahr 2018 voraussichtlich anhaltend günstig darstellen. Nach Einschätzung des Sachverständigenrats der Bundesregierung (Jahresgutachten 2017/2018, November 2017) wird sich der Konjunkturaufschwung im Euroraum im Jahr 2018 weiter fortsetzen. Ein Teil des Aufschwungs wird von der noch immer expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank getragen, die für außergewöhnlich günstige Finanzierungsbedingungen im Euroraum sorgt. Die Wirtschaftssachverständigen rechnen im Euroraum für das Jahr 2018 mit einer Wachstumsrate von 2,1 Prozent. Dazu trägt Deutschland mit einer erwarteten Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 Prozent bei.

Der Haupttreiber des anhaltenden Wirtschaftswachstums in Deutschland wird weiterhin die Binnennachfrage sein. Zwar wird ein weiterer Anstieg der Verbraucherpreise erwartet, jedoch führen die günstige Beschäftigungslage auf dem deutschen Arbeitsmarkt und Lohnsteigerungen zu höheren Haushaltseinkommen und steigenden privaten Konsumausgaben. Neben dem privaten Konsum werden

sich auch die Staatsausgaben und wachsende Investitionen positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Branchenentwicklung

Ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt auf die privaten Haushalte. Deren Lage stellt sich aufgrund der guten Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven weiterhin günstig dar. Wachstumsimpulse sind aufgrund der guten konjunkturellen Situation in allen wichtigen Wirtschaftsregionen auch aus dem gewerblich-industriellen Bereich zu erwarten. Die deutsche Versicherungswirtschaft dürfte daher im Geschäftsjahr 2018 eine stabile Geschäftsentwicklung mit einem leichten Beitragsplus von etwas über 1,0 Prozent gegenüber dem Geschäftsjahr 2017 zeigen (GDV, Jahrespressekonferenz am 31. Januar 2018).

Das Potenzial für Bestandswachstum in der Schaden- und Unfallversicherung ist aufgrund des hohen Grads der Marktdurchdringung sehr gering. Allerdings sollte die anhaltend günstige wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte mit geringer Arbeitslosigkeit und steigenden Reallöhnen die private Versicherungsnachfrage stützen. Zudem sind vom Unternehmenssektor zunehmend positive Impulse für das gewerblich-industrielle Geschäft zu erwarten. Positive Folgen für das Versicherungsgeschäft können sich darüber hinaus aus gestiegenen Investitionstätigkeiten der Kommunen ergeben, die durch die gute wirtschaftliche Gesamtsituation und höhere Steuereinnahmen möglich sind. Diese Entwicklung wird jedoch gebremst durch steigende Sozialausgaben, die gerade strukturschwache Kommunen besonders belastet.

Für das Jahr 2018 wird in der Schaden- und Unfallversicherung wiederum ein deutlich positives Beitragswachstum gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Geschäftschancen ergeben sich für die Schaden- und Unfallversicherer insbesondere im Bereich der Elementarversicherung, da in Deutschland die Versicherungsdichte bei Risiken gegen Elementarschäden trotz der Zunahme von Wetterextremen relativ gering ist. Nach einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 2017 soll zukünftig nur noch derjenige Staatshilfen nach Naturkatastrophen erhalten, der sich ohne Erfolg um eine private Elementarversicherung bemüht hat oder diese wirtschaftlich nicht tragen kann. Die Aufklärung über den erforderlichen Versicherungsschutz gegen Naturgefahren wird daher weiter ein wichtiges Aufgabenfeld der Schaden- und Unfallversicherer bleiben.

Als weiteres Wachstumfeld der Schaden- und Unfallversicherer wird die Cyberversicherung an Bedeutung gewinnen. Das Risikobewusstsein für Gefahren aus dem Internet und die damit verbundenen Vermögensschäden wächst zunehmend, und zwar sowohl im Bereich der gro-

ßen Konzerne und mittelständischen Unternehmen als auch bei Privatkunden. Eine erhöhte Sensibilität für Risiken durch Cybergefahren zeigt sich auch bei Kommunen und Sparkassen.

Unternehmensentwicklung

Die Versicherungskammer Bayern wird auch in den kommenden Jahren ein verlässlicher Partner für Kommunen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen bleiben. Dabei liegt der Fokus insbesondere auf der richtigen Produktgestaltung und der Betreuung der Kunden. Bestehende Versicherungslösungen werden aktualisiert und Absicherungen für neu hinzukommende Risiken geschaffen. Die Betreuung der Kommunen wurde neu organisiert. Dies ermöglicht eine noch intensivere Vor-Ort-Betreuung.

Für das Jahr 2018 erwartet die Versicherungskammer Bayern trotz verschärften Wettbewerbs einen moderaten Anstieg des gebuchten Bruttobeitrags, insbesondere in der Kommunalen Haftpflichtversicherung und in der Kassenversicherung.

Für die Einschätzung der Schadenentwicklung geht die Versicherungskammer Bayern von einem durchschnittlichen Schadenerwartungswert aus, der mit einem aktuariellen Verfahren auf Basis der Vergangenheitswerte abgeleitet wird. In jedem Versicherungszweig wird dabei die Entwicklung in den Größenklassen Basis-, Groß- und Kumulschäden unterschieden und berücksichtigt. Die Versicherungskammer Bayern geht von einem deutlichen Rückgang der bilanziellen Bruttoschadenquote sowie der Combined Ratio (brutto) aus, was auf positive Sanierungseffekte zurückzuführen ist. Insgesamt wird eine deutliche Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses erwartet.

Der gestiegenen Sensibilität für Schäden durch Cyber Risiken wurde mit entsprechenden Produktentwicklungen Rechnung getragen. Sparkassen und Kommunen können seit Mitte des Jahres 2017 ihren bestehenden Versicherungsschutz in der Kommunalen Haftpflicht- und Kassenversicherung mit Ergänzungsprodukten erweitern. Die Cyberversicherung für Sparkassen sowie die erweiterte Cyberdeckung Kommunal ermöglichen eine Absicherung gegen jegliche Form von Angriffen auf die IT, helfen mit verschiedenen Services im Schadenfall und decken auf Wunsch auch Betriebsunterbrechungsschäden ab.

Die Absicherung von Heilwesen-Haftpflichtrisiken im Bereich der kommunalen Krankenhäuser spielt weiterhin aufgrund der überproportionalen Aufwandsteigerung im Personenschadenbereich eine große Rolle. Treiber sind nach wie vor aufwendigere medizinische und pflegerische Betreuung und damit deutlich gestiegene Heilbehandlungs- und Pflegekosten.

Die Kapitalmärkte werden voraussichtlich auch in den kommenden Jahren im Zeichen der Niedrigzinsphase stehen. Die Versicherungskammer Bayern ist auf diese Situation mit ihrer Geschäfts- und Anlagepolitik vorbereitet. Die laufende Verzinsung der Kapitalanlagen, ohne Erträge aus konzerninternen Beteiligungen, wird bei anhaltend niedrigen Zinsen im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr leicht sinken. Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die Versicherungskammer Bayern insgesamt ein Kapitalanlageergebnis auf dem Niveau des aktuellen Geschäftsjahres. Diese Prognose beruht auf der aktuellen Kapitalanlagenstruktur des Unternehmens sowie der Annahme eines anhaltenden Niedrigzinsumfelds.

Insgesamt rechnet die Gesellschaft für das Jahr 2018 bei einem etwas höheren Steueraufwand mit einem deutlich positiven, auf dem Niveau des aktuellen Geschäftsjahres liegenden Jahresüberschuss.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Der vorliegende Prognosebericht enthält Einschätzungen für die künftige Entwicklung des Unternehmens, die auf Basis von Planungen, Prognosen und der vorsichtigen Abwägung aller bekannten Chancen und Risiken gemacht werden können. Aufgrund unbekannter Risiken, Ungewissheiten und Unsicherheiten handelt es sich um Annahmen, die so nicht eintreten oder nicht vollständig eintreffen müssen. Die Gesellschaft kann für die getroffenen Zukunftsprognosen keine Haftung übernehmen und verpflichtet sich gleichzeitig nicht, diese an die tatsächlich eintretenden Einflüsse anzupassen oder zu aktualisieren.

Definitionen

Abschlusskostenquote brutto

Die Abschlusskostenquote brutto ist das Verhältnis der Abschlussaufwendungen (brutto) zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Bereinigte bilanzielle Schadenquote netto

Die bereinigte bilanzielle Schadenquote netto ist der in Prozent ausgewiesene Anteil der Aufwendungen für Versicherungsfälle (netto) ohne Berücksichtigung der Aufwendungen für Naturkatastrophen und sonstige Kumulrisiken an den verdienten Nettobeiträgen.

Bilanzielle Schadenquote brutto

Die bilanzielle Schadenquote brutto ist der in Prozent ausgewiesene Anteil der Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto) an den verdienten Bruttobeiträgen.

Geschäftsjahresschadenquote brutto

Die Geschäftsjahresschadenquote brutto gibt den Geschäftsjahresschadenaufwand im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen an.

Brutto/Netto

„Brutto“ bedeutet vor Abzug der Rückversicherungsanteile und „netto“ nach Abzug der Rückversicherungsanteile, auch „für eigene Rechnung“ genannt.

Combined Ratio (brutto) nach GDV

Die Combined Ratio (brutto) ist das Verhältnis von Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die Versicherungsleistungen und die sonstigen versicherungstechnischen Bruttopositionen zu den abgegrenzten Prämien.

Kostenquote brutto

Die Kostenquote brutto ist das Verhältnis der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) zu den verdienten Beiträgen (brutto).

Kostensatz

Der Kostensatz brutto gibt das Verhältnis der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto) an.

Laufende Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel

Die laufende Durchschnittsverzinsung beinhaltet die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich der laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung beinhaltet alle Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Neuanlagequote

Die Neuanlagequote ist das Verhältnis vom Zugang der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr zum Bestand des Vorjahres.

Selbstbehaltquote

Die Selbstbehaltquote ist das Verhältnis der gebuchten Nettobeiträge zu den gebuchten Bruttobeiträgen.

Verwaltungskostensatz brutto

Der Verwaltungskostensatz brutto ist das Verhältnis der Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto).

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Unfallversicherung

Kraftfahrtunfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Kraftfahrtversicherungen

Fahrzeugvollversicherung

Fahrzeugteilversicherung

Kredit- und Kautionsversicherung

Kautionsversicherung

Konsumentenkreditversicherung

Übrige und nicht aufgliederte Delkredereversicherung

Sonstige Versicherungen

Vertrauensschadenversicherung

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	46.552.343	23.257.298
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.967.004.487	1.823.909.126
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	260.760.000	260.060.000
3. Beteiligungen	114.670.939	114.683.652
	2.342.435.426	2.198.652.778
III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.538.933.644	1.510.827.843
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	94.331.127	73.998.228
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	288.208.910	308.391.721
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	173.706.176	176.486.353
c) übrige Ausleihungen	39.117.388	49.118.001
	501.032.474	533.996.075
4. Einlagen bei Kreditinstituten	22.000.000	18.000.000
	2.156.297.245	2.136.822.146
	4.545.285.014	4.358.732.222
B. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an		
1. Versicherungsnehmer	4.413.940	1.461.629
2. Versicherungsvermittler	992.957	732.866
	5.406.897	2.194.495
II. Sonstige Forderungen	18.067.537	26.268.576
davon: an verbundene Unternehmen: 9.439.102 (17.985.582) €		
	23.474.434	28.463.071
C. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	23.828.631	16.746.259
II. Andere Vermögensgegenstände	20.764	–
	23.849.395	16.746.259
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	13.085.029	16.552.586
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	825.391	848.208
	13.910.420	17.400.794
Summe der Aktiva	4.606.519.263	4.421.342.346

Passivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Eigenkapital		
I. Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	1.429.143.251	1.429.143.251
	1.429.143.251	1.429.143.251
II. Kapitalrücklage	749.477.325	749.477.325
III. Gewinnrücklagen		
andere Gewinnrücklagen	249.191.434	232.413.700
	249.191.434	232.413.700
IV. Jahresüberschuss	132.301.000	106.372.700
	2.560.113.010	2.517.406.976
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
1. Bruttobetrag	839.198	808.214
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-99.312	97.242
	739.886	710.972
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
1. Bruttobetrag	1.437.148.230	1.347.572.384
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-52.445.196	49.005.841
	1.384.703.034	1.298.566.543
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
Bruttobetrag	367.500	410.400
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	223.210.042	205.469.213
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		
1. Bruttobetrag	930.454	760.805
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	201.849	86.193
	1.132.303	846.998
	1.610.152.765	1.506.004.126
C. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	224.904.826	221.007.069
II. Steuerrückstellungen	13.719.906	14.715.918
III. Sonstige Rückstellungen	128.894.504	114.013.963
	367.519.236	349.736.950
D. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:		
1. Versicherungsnehmern	25.354.067	22.232.166
2. Versicherungsvermittlern	1.503.741	1.344.827
	26.857.808	23.576.993
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 4.492.110 (3.859.684) €	5.002.310	4.182.076
III. Sonstige Verbindlichkeiten	36.851.612	20.412.703
davon: aus Steuern: 21.895.246 (6.596.110) €		
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.633.233 (836.368) €		
davon: gegenüber Teilnehmungsunternehmen: 1.050.234 (1.674.056) €		
	68.711.730	48.171.772
E. Rechnungsabgrenzungsposten	22.522	22.522
Summe der Passiva	4.606.519.263	4.421.342.346

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und § 341g HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

München, den 19. Januar 2018

Der verantwortliche Aktuar
Dr. Sussmann

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	224.640.680	215.244.079
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-12.183.135	-9.312.158
	212.457.545	205.931.921
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-30.984	-9.101
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	2.070	-12.576
	-28.914	-21.677
	212.428.631	205.910.244
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung	592.255	815.227
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung	26.040	22.921
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	-117.356.644	-138.480.466
bb) Anteil der Rückversicherer	2.271.627	984.710
	-115.085.017	-137.495.756
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	-89.575.847	-54.536.414
bb) Anteil der Rückversicherer	3.439.356	2.576.188
	-86.136.491	-51.960.226
	-201.221.508	-189.455.982
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
a) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	-285.305	160.400
	-285.305	160.400
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	-307.472	-378.409
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-21.076.270	-19.404.637
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	1.010.359	622.448
	-20.065.911	18.782.189
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	-6.744	-8.831
9. Zwischensumme	-8.840.014	-1.716.619
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	-17.740.829	-29.211.056
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	-26.580.843	-30.927.675

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	93.376.934	108.969.047
davon: aus verbundenen Unternehmen: 86.983.766 (99.045.650) €		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
davon: aus verbundenen Unternehmen: 8.683.990 (1.271.822) €		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.936.958	1.953.672
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	75.327.063	37.577.375
	77.264.021	39.531.047
c) Erträge aus Zuschreibungen	15.617.711	2.769.746
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	8.585.807	30.527.847
e) Erträge aus Gewinngemeinschaf- ten, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	8.355.127	12.555.986
	203.199.600	194.353.673
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-2.600.508	-2.631.900
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-3.038.732	-7.878.512
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-33.265	-
	-5.672.505	-10.510.412
	197.527.095	183.843.261
3. Technischer Zinsertrag	-592.255	-815.227
	196.934.840	183.028.034
4. Sonstige Erträge	26.519.873	14.446.721
davon: Erträge aus der Währung- umrechnung: 887 (48.843) €		
5. Sonstige Aufwendungen	-52.262.788	-35.914.390
davon: Erträge aus der Währung- umrechnung: -2.473 (0) €		
	-25.742.915	-21.467.669
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	144.611.082	130.632.690
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.237.729	-24.592.209
8. Sonstige Steuern	-72.353	332.219
	-12.310.082	-24.259.990
9. Jahresüberschuss	132.301.000	106.372.700
10. Bilanzgewinn	132.301.000	106.372.700

Anhang

Angabe zur Identifikation

Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts mit Firmensitz in der Maximilianstraße 53, 80530 München, wird im Handelsregister beim Amtsgericht München unter der Handelsregister-Nummer HRA 70400 geführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der aktuellen Fassung erstellt.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurden die Einzelposten des Jahresabschlusses grundsätzlich in vollen Euro ausgewiesen. Durch kaufmännische Rundungen können sich bei der Addition der Einzelwerte Abweichungen zu den anderorts angegebenen Summen und Werten ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und gegebenenfalls, bei dauernder Wertminderung, um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie **Beteiligungen** wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen (gemildertes Niederstwertprinzip). Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB ist bei Finanzanlagen eine außerplanmäßige Abschreibung auch bei einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung möglich.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB grundsätzlich nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und in Verbindung mit § 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) angesetzt. Sind diese Kapitalanlagen dazu bestimmt, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen, erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip).

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden grundsätzlich gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, sofern diese dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte bei zum Anlagevermögen gewidmeten Inhaberschuldverschreibungen unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie **übrige Ausleihungen** wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert, bilanziert (gemildertes Niederstwertprinzip). Bei Namensschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und

Rückzahlungsbetrag erfolgte bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und übrigen Ausleihungen unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt.

Wertaufholungsgebot und Zuschreibungen

Das Zuschreibungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Kapitalanlagen und Guthaben bei Kreditinstituten wurden gemäß § 256a Satz 1 HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Bei Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger wurden gemäß § 256a Satz 2 HGB die §§ 253 Abs. 1 Satz 1 und 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB nicht angewendet.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie **Sonstige Forderungen** wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt. Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Pauschalwertberichtigungen nach Erfahrungswerten der Vorjahre gebildet.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen Beträge entfallen auf das Geschäftsjahr und waren am Bilanzstichtag noch nicht fällig. Sie wurden mit Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Beitragsüberträge** wurden für jeden Vertrag einzeln – entsprechend dem jeweiligen Beginn des Versicherungsjahres und der Zahlungsweise – berechnet. Hinsichtlich der nicht übertragungsfähigen Beitragsteile wurden die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

Die **Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle** wurden im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft grundsätzlich je Schadenfall einzeln ermittelt. Sie umfassten Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsfällen, bei denen die Höhe, der Zahlungszeitpunkt oder die Zahlungsdauer noch unsicher waren.

Die **Rentendeckungsrückstellungen** wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Sterbetafel DAV 2006 HUR und einem Zinssatz von 0,9 Prozent berechnet.

Für noch unbekannte Schäden wurden **Spätschadenrückstellungen** nach den Erfahrungen der Vorjahre gebildet.

Die **Rückstellungen für Regulierungskosten** wurden entsprechend dem BMF-Schreiben vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Berücksichtigungsfähige Forderungen aus Regressen, Provenues und aus Teilungsabkommen wurden von den Rückstellungen abgesetzt.

Die **Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung** wurde gemäß den vertraglichen Regelungen gebildet.

Die Position **Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen** beinhaltet, soweit dies handelsrechtlich vorgeschrieben ist, eine Vorsorge zum Ausgleich der Schwankungen im Schadenverlauf künftiger Jahre sowie eine Vorsorge für Großrisiken; die Rückstellung wurde gemäß § 341h Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV und der Anlage zu § 29 RechVersV gebildet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen betrafen im Wesentlichen die Stornorückstellung. Diese wurde pauschal nach Erfahrungswerten ermittelt.

Alle anderen Sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe des zu erwartenden Erfüllungsbetrags angesetzt.

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprachen **die Anteile des Rückversicherers den Rückversicherungsverträgen**.

Die Ermittlung der **Pensions- und Jubiläumsrückstellungen** erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen i. S. d. IDW RS HFA 30 n.F. mittels des sogenannten Anwartschaftsbarwertverfahrens (PUC-Methode). Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck verwendet. Für die Abzinsung wurde pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und dafür der zum Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 3,68 Prozent angewendet (im Vorjahr: 4,00 Prozent). Für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung wurde ein durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 2,31 Prozent (im Vorjahr: 2,70 Prozent) verwendet. Es wurde von einer künftigen Gehaltsentwicklung von 2,00 Prozent (Vorstand: 2,50 Prozent) sowie einer Fluktuation von 2,30 Prozent bei Frauen und 2,10 Prozent bei Männern (Vorstand: 6,30 Prozent; Beamte 0,30 Prozent) ausgegangen. Ferner wurde zur Berechnung der Pensionsrückstellungen eine Rentendynamik von 2,00 Prozent (Beamte: 1,50 Prozent) verwendet.

Um den Verwaltungskosten sowie der Unsicherheit der Sterblichkeit und Invalidität Rechnung zu tragen, wurde die Pensionsrückstellung um 10.743 Tsd. Euro und die Beihilferückstellung um 3.645 Tsd. Euro bzw. um jeweils 5,00 Prozent aufgestockt.

Für **Beihilfeverpflichtungen** wurde die Rückstellung gemäß IDW RS HFA 30 n. F. mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre in Höhe von 2,81 Prozent (im Vorjahr: 3,22 Prozent) bewertet und unter den Sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

Die **Altersteilzeitverpflichtungen** wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen i. S. d. IDW RS HFA 3 ermittelt. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre in Höhe von 1,44 Prozent (im Vorjahr: 1,79 Prozent) und einer Gehaltssteigerung in Höhe von 2,00 Prozent verwendet. Als Verpflichtung wurden die Leistungen bewertet, die sich aufgrund der Altersteilzeitvereinbarungen in Verbindung mit dem Tarifvertrag ergaben.

Die **Pensionsrückstellung** sowie die **Altersteilzeitrückstellung** wurden mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Alle **übrigen Rückstellungen** wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie **Sonstige Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden nach § 250 Abs. 2 HGB bilanziert.

Aktive und passive latente Steuern wurden für die Unterschiede in den Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanzen sowie für steuerliche Verlustvorträge angesetzt.

Die Bewertung temporärer bzw. quasitemporärer Differenzen sowie der steuerlichen Verlustvorträge erfolgte mit dem für das Geschäftsjahr geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer (KSt) und Gewerbesteuer (GewSt) von 32,9 (32,8) Prozent.

Die passiven latenten Steuern entstanden aus der in der Steuerbilanz gebildeten gewinnmindernden Rücklage aufgrund des neuen Pauschalverfahrens zur Abzinsung der Schadenrückstellungen. Die mit den passiven latenten Steuern zu saldierenden aktiven latenten Steuern beruhten im Wesentlichen auf Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz bei den Kapitalanlagen, den versicherungstechnischen Rückstellungen, der Pensionsrückstellung und den Sonstigen Rückstellungen.

Für den verbleibenden Aktivüberhang wurden entsprechend dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr keine latenten Steuern bilanziert. Verlustvorträge wurden nur insoweit berücksichtigt, wie sie innerhalb der nächsten fünf Jahre verrechenbar sind.

Sonstiges

In der Bilanz wurden die Abzugsbeträge mit einem Minuszeichen dargestellt. Aufwände wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Minuszeichen dargestellt und Erträge ohne Vorzeichen.

Der Begriff „Beteiligungsunternehmen“ wurde gleichbedeutend für die Formulierung „Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ verwendet.

Anhang

Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbuchungen Tsd. €
A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.257	24.011	-
A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.823.909	130.045	753
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	260.060	700	-
3. Beteiligungen	114.684	3.278	-753
4. Summe A. II.	2.198.653	134.023	-
A. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.510.828	143.542	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	73.998	20.638	-
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	308.392	-	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	176.486	2	-
c) übrige Ausleihungen	49.118	-	-
4. Einlagen bei Kreditinstituten	18.000	4.000	-
5. Summe A. III.	2.136.822	168.182	-
Gesamt	4.358.732	326.216	-

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
-	-	-716	46.552
-2.204	15.602	-1.101	1.967.004
-	-	-	260.760
-1.331	15	-1.222	114.671
-3.535	15.617	-2.323	2.342.435
-115.436	-	-	1.538.934
-305	-	-	94.331
-20.183	-	-	288.209
-2.782	-	-	173.706
-10.000	-	-	39.118
-	-	-	22.000
-148.706	-	-	2.156.298
-152.241	15.617	-3.039	4.545.285

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. Kapitalanlagen

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV	Bilanzwerte	Zeitwerte	Bilanzwerte	Zeitwerte
	Tsd. €	Geschäftsjahr Tsd. €	Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	46.552	73.130	23.257	45.493
A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.967.004	2.722.652	1.823.909	2.907.186
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	260.760	277.177	260.060	261.321
3. Beteiligungen	114.671	120.123	114.684	113.143
4. Summe A. II.	2.342.435	3.119.952	2.198.653	3.281.650
A. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.538.934	1.839.795	1.510.828	1.725.021
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	94.331	104.314	73.998	85.949
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	288.209	339.850	308.392	369.836
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	173.706	216.385	176.486	225.206
c) übrige Ausleihungen	39.118	41.805	49.118	50.420
4. Einlagen bei Kreditinstituten	22.000	22.000	18.000	18.000
5. Summe A. III.	2.156.298	2.564.149	2.136.822	2.474.432
Summe A. Kapitalanlagen	4.545.286	5.757.231	4.358.732	5.801.575
Bewertungsreserven zum Bilanzstichtag		1.211.945		1.442.843

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 1.211,9 (1.442,8) Mio. Euro und lagen bei 26,7 (33,1) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlageart, nach folgenden, branchenweit anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert des Grundvermögens wurde anhand der Ertragswertmethode ermittelt. Für unbebaute Grundstücke kamen die Marktwerte, für Gebäude die Ertragswerte und für im Bau befindliche Objekte die kumulierten Herstellungskosten zum Ansatz. Sämtliche Grundstücksobjekte wurden zum Bilanzstichtag neu bewertet. Der Zeitwert von an der Börse notierten sonstigen Kapitalanlagen wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von Investmentfonds zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Der Zeitwert von börsennotierten Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurde entsprechend § 56 Abs. 5 RechVersV höchstens mit dem voraussichtlichen realisierbaren Wert unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht ermittelt. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertragswertverfahren oder anhand des Netto-Vermögenswerts ermittelt. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Schuldtiteln wurde mit dem Discounted-Cashflow-Verfahren zum 31. Dezember 2017 unter Berücksichtigung der jeweiligen Bonitäts- und Liquiditätsabschläge ermittelt. Der Zeitwert von Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurde mit dem Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt. Basis war die aktuelle Swapkurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitäts- und Liquiditätsspreads. Bei Einlagen bei Kreditinstituten wurde der Nennwert als Zeitwert angesetzt.

Sonstige Kapitalanlagen, die nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet wurden:

	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo
	Tsd. €	Tsd. €	Geschäftsjahr Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	282.524	94.844	187.680	245.202	94.843	150.359
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	99.541	90.439	9.102	81.732	70.083	11.649
Sonstige Ausleihungen	598.041	501.032	97.009	645.463	533.996	111.467
Gesamt	980.106	686.315	293.791	972.397	698.922	273.475

Zum Bilanzstichtag wurde bei Inhaberschuldverschreibungen in Höhe eines Buchwerts von 26.969,9 Tsd. Euro (Zeitwert: 26.136,0 Tsd. Euro) sowie bei Sonstigen Ausleihungen in Höhe eines Buchwerts von 10.000,0 Tsd. Euro (Zeitwert: 9.963,2 Tsd. Euro) von einer Abschreibung auf den Zeitwert abgesehen, da im Hinblick auf das Wertaufholungspotenzial von einer nicht dauerhaften Wertminderung dieser Kapitalanlagen ausgegangen wurde. Es bestanden dabei sowohl die Absicht als auch die Fähigkeit des Unternehmens, die Anlagen langfristig zu halten.

Auf Kapitalanlagen (ohne Grundstücke und Immobilien) wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von insgesamt 2.323.099 (7.162.879) Euro vorgenommen.

A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst drei nicht eigengenutzte, bebaute Grundstücke. Es wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von 715.633 Euro vorgenommen.

A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB		Anteil am Kapital* %	Eigenkapital	Jahres- ergebnis
			Tsd. €	Tsd. €
AEW Value Investors Asia II Feeder L.P.	Luxemburg	48,78	162.104	9.709 ⁴
AEW Value Investors Asia III Parallel, L.P.	Luxemburg	47,13	–	– ⁷
AgroSecur Versicherungsmakler GmbH	München	55,00	25	– ^{2, 8}
Arco Assekuranz-, Renten- und Creditverm.-Org. GmbH	Gräfelfing	9,98	1.132	283 ⁴
Asia Property Fund II GmbH & Co. KG	München	17,66	104.708	52.846 ⁴
Asia Property Fund III S.C.S.	Luxemburg	25,84	168.350	–11.409 ⁴
Bavaria Versicherungsvermittlungs-GmbH	München	100,00	13.986	7.292
BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH	München	6,80	226.714	12.688 ³
Bayerische Beamtenkrankenkasse AG	München	100,00	229.058	33.410
Bayerische Beamtenkrankenkasse Versicherungsdienste GmbH	München	100,00	1.077	33 ⁴
Bayerische Landesbrandversicherung AG	München	100,00	293.359	33.660
Bayerische Versicherungskammer Landesbrand Kundenservice GmbH	München	100,00	266	– ⁸
Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG	München	97,94	334.145	13.123
Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG	München	75,00	385.359	55.000 ⁸
BayTech Venture Capital II GmbH & Co. KG	München	11,65	2.811	–3.528 ⁴
Beihilfe-Service Gesellschaft mbH	München	22,00	454	–46 ³
Beteiligungsgesellschaft für betriebliche Altersversorgung der öffentlichen Versicherer mbH	Düsseldorf	26,60	9.744	–11.490 ⁴
Brazil Real Estate Opportunities Fund II – Distrito Federal (BRL), L.P.	Cayman Islands	100,00	26.555	3.690 ⁴
Brazil Real Estate Opportunities Fund II GmbH & Co. KG	München	100,00	35.285	–89 ⁶
Brazil Real Estate Opportunities Fund II Luxco S.à r.l.	Luxemburg	100,00	–	– ⁷
BSÖ Beteiligungsgesellschaft mbH	München	45,00	39.668	1.039 ⁴
BVB Beratungsdienst und Versicherungsmakler GmbH	Bad Langensalza	75,00	209	– ^{2, 8}
CombiRisk Risk-Management GmbH	München	49,00	557	–65 ⁴
COMBITEL Gesellschaft für Dialog-Marketing mbH	München	100,00	1.818	213 ¹
Consal Beteiligungsgesellschaft AG	München	70,11	319.107	46.840
Consal Service GmbH	München	100,00	387	30 ⁴
Consal VersicherungsDienste GmbH	München	100,00	236	–39 ⁴
Consal Vertrieb Landesdirektionen GmbH	Saarbrücken	100,00	101	29 ⁴
Deutsche Finance Individualstruktur Nr. 1 GmbH & Co. KG	München	100,00	66.024	1.627 ⁶
Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft	Düsseldorf und Berlin	21,05	184.779	13.902 ⁴
DF Deutsche Finance COMMERCIAL PARTNERS I GmbH & Co. KG	München	50,00	3.825	–33 ⁴
DIC Real Estate Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	15,00	26.189	698 ⁴
E & G Bridge Equity Fonds GmbH & Co. KG	München	28,97	2.854	3.404 ³
E & G Bridge Equity Fonds II GmbH & Co. KG	München	33,00	90	–261 ⁴
Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG	Berlin	100,00	80.129	35.844
FidesConsult Versicherungsvermittlungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH	München	100,00	25	– ^{2, 8}
FidesSecur Versicherungs- und Wirtschaftsdienst Kreditversicherungsmakler GmbH	München	100,00	25	– ^{2, 8}
FidesSecur Versicherungs- und Wirtschaftsdienst Versicherungsmakler GmbH	München	58,50	4.757	25 ⁵

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB		Anteil am	Eigenkapital	Jahres-
		Kapital*	Tsd. €	ergebnis
		%		Tsd. €
Finanzkonzept Saarpfalz GmbH	Homburg-Saar	51,00	146	95 ⁴
Foyer Santé S.A.	Leudelange	25,00	14.989	956 ⁴
GDV Dienstleistungs-GmbH & Co. KG	Hamburg	1,08	21.773	1.215 ⁴
GTIS US Property Income Partners SCS	Luxemburg	63,95	–	– ⁷
HSBC NF China Real Estate GmbH & Co. KG	Düsseldorf	41,67	22.890	–3.628 ⁶
InfraRed NF China Real Estate II GmbH & Co. KG	Düsseldorf	100,00	5.470	13 ⁶
InfraRed NF China Real Estate II L.P.	Guernsey	18,85	23.353	– ³
INVERSO Gesellschaft für innovative Versicherungssoftware mbH	München	100,00	1.240	874 ⁴
KLARO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	4,70	21.227	4.002 ⁴
L.T.D. Lübeckertordamm Entwicklungs-GmbH	München	94,90	42.100	– ⁸
LIGA-Gassenhuber Versicherungsagentur GmbH	Grünwald	25,10	619	894 ⁴
MediRisk Bayern Risk- und Rehamanagement GmbH	München	100,00	239	43 ⁴
MGS Beteiligungs-GmbH	Koblenz	25,10	–	– ⁷
Mittelständ. Beteiligungsges. Berlin-Brandenburg GmbH	Potsdam	0,89	18.278	1.956 ⁴
MVD MARKANT-Versicherungsdienst GmbH	München	50,91	354	322 ²
MVP Fund II GmbH & Co. KG	Grünwald	7,75	54.998	–2.909 ²
Northam Evergreen Funds S.C.S. SICAV-FIS	Luxemburg	100,00	3.185	453 ⁶
Nürnberger Beteiligungs-AG	Nürnberg	15,50	638.839	43.245 ⁴
Obelisk Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	München	100,00	1.011	– ⁸
Odewald & Comp. GmbH & Co. Dritte Bet.-Ges. f. Verm KG	Berlin	3,01	84.290	91.939 ⁴
Odewald KMU GmbH & Co. Bet.-Ges. f. Verm. KG	Berlin	7,32	47.456	2.958 ⁴
Odewald KMU II GmbH & Co. Bet.-Ges. f. Verm. KG	Berlin	5,00	28.892	–217 ⁴
OEV Online Dienste GmbH	Düsseldorf	23,25	3.439	1.023 ⁴
Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG	Berlin und Potsdam	100,00	26.860	1.200
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG	Düsseldorf	20,16	65.601	–6.937 ⁴
OSG Objektgesellschaft Standort Giesing mbH & Co. KG	München	100,00	113.835	5.991
OSG Verwaltungsgesellschaft mbH	München	100,00	28	–
OVAG – Ostdeutsche Versicherung AG	Berlin	100,00	15.390	22
Private Investment Fund Management S.à r.l.	Luxemburg	100,00	18	5 ⁴
Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – A	Luxemburg	100,00	530.138	46.505 ⁴
Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – B	Luxemburg	100,00	297.654	27.853 ⁴
Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – C	Luxemburg	100,00	45.946	3.020 ⁴
Protektor Lebensversicherungs-AG	Berlin	3,15	105.412	12.512 ⁴
Real Estate Opportunity 1 GmbH & Co. KG	München	100,00	–	– ⁷
Roland Rechtsschutz Beteiligung GmbH	Köln	10,00	20.285	–9 ³
S Direkt-Marketing GmbH & Co. KG	Halle	0,73	6.878	612 ⁴
SAARLAND Feuerversicherung AG	Saarbrücken	50,09	47.306	140
SAARLAND Informatik & Service GmbH	Saarbrücken	100,00	110	69 ⁴
SAARLAND Lebensversicherung AG	Saarbrücken	85,00	17.153	1.000 ⁸
Schroder EuroLogistik Fonds GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	13,07	14.225	57 ⁴
S-Finanzvermittlung und Beratung GmbH	Eggersdorf	100,00	291	109 ⁴
SPN Service Partner Netzwerk GmbH	München	30,00	1.183	53 ⁴
SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG	Stuttgart	1,32	815.221	42.397 ⁴
S-Versicherungsvermittlungs-GmbH	Kaiserslautern	5,00	165	140 ⁴
Tecta Invest GmbH	München	100,00	57.797	26.257
TMW Asia Property Fund I GmbH & Co. KG	München	6,40	14.477	–250 ⁴

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB		Anteil am Kapital*	Eigenkapital		Jahres- ergebnis
			%	Tsd. €	Tsd. €
U.S. Property Fund IV GmbH & Co. KG	München	19,65	316	-142 ⁶	
U.S. Property Fund V GmbH & Co. KG	München	18,60	209.380	22.039 ⁶	
UBB Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	München	66,00	446	95	
Union Krankenversicherung AG	Saarbrücken	100,00	99.799	18.600	
Union Reiseversicherung AG	München	100,00	31.653	1.934	
Unterbeteil. am KG-Anteil der DSGVO S-Finanzgruppe	Berlin	2,62	-	- ⁴	
USPF III Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	14,29	173	140 ³	
Verband öffentlicher Versicherer K. d. ö. R.	Berlin und Düsseldorf	17,82	73.490	1.486 ⁴	
Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG	München	100,00	136.321	20.331 ⁴	
Versicherungskammer Bayern Versicherungs- und Vorsorgevermittlung GmbH	Gräfelfing	100,00	151	129 ⁴	
Versicherungskammer Maklermanagement Kranken GmbH	München	100,00	459	-26 ⁴	
Versicherungsservice MFA GmbH	Eggersdorf	100,00	25	-4,8 ⁸	
VGG Underwriting Service GmbH	München	49,00	143	100 ⁴	
VIA Vorsorge GmbH	Erlangen	75,10	227	173 ⁴	
VKB Pensionskasse AG	München	100,00	3.885	15 ⁴	
VKBit Betrieb GmbH	München	100,00	1.667	33 ⁸	
VRP Venture Capital Rheini.-Pf. Nr. 2 GmbH & Co. KG	Mainz	16,67	1.270	3.344 ⁴	
VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG	Mainz	16,67	1.918	2.339 ⁴	
WERK1.Bayern GmbH	München	4,90	235	-35 ⁴	

* Der Wert berücksichtigt die von allen abhängigen Unternehmen gehaltenen Anteile vollständig, auch wenn der VKB-Anteil an diesen abhängigen Unternehmen unter 100 Prozent liegt.

1 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015.

2 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 30. Juni 2016.

3 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 30. September 2016.

4 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016.

5 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 30. Juni 2017.

6 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 30. September 2017.

7 Eigenkapital und Jahresergebnis lagen zum Bilanzstichtag nicht vor.

8 Gewinnabführungsvertrag.

A. II. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen setzten sich im Wesentlichen aus Zugängen der Gesellschaften Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – B in Höhe von 114,6 Mio. Euro, Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – C in Höhe von 7,4 Mio. Euro, OSG Objektgesellschaft Standort Giesing mbH & Co. KG in Höhe von 5,3 Mio. Euro und der Consal Beteiligungsgesellschaft AG in Höhe von 2,7 Mio. Euro zusammen.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurden die MKB-Versicherungsgesellschaften, die MKB Általános Biztosító Zrt. (Sachversicherungsgesellschaft) und die MKB Életbiztosító Zrt. (Lebensversicherungsgesellschaft), in einem Bieterverfahren verkauft. Käuferin der beiden Gesellschaften war CIG Pannónia, eine ungarische Versicherungsgruppe mit Sitz in Budapest.

Die Zuschreibungen enthielten Währungskursgewinne in Höhe von 0 (45.927) Euro.

A. III. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Angaben zu den Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Anlageziele	Anteilswert	Stille Reserven	Stille Lasten	Zeitwert	Ausschüttungen Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Aktien ¹	139.182	24.496	–	163.678	4.313
Gemischt ¹	1.304.909	88.684	–	1.393.593	35.823
Gesamt	1.444.091	113.180	–	1.557.271	40.136

¹ Börsentägliche Anteilscheinrückgabe möglich.

A. III. 3. Sonstige Ausleihungen

Die übrigen Ausleihungen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Namensgenussrechte	–	5.000
Stille Beteiligungen	39.110	44.110
Mitarbeiterdarlehen	8	8
Gesamt	39.118	49.118

Passiva

A. I. Grundkapital

Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Freistaates Bayern in Verbindung mit § 4 der Satzung ist alleiniger Gewährträger der Sparkassenverband Bayern.

A. III. Gewinnrücklagen

	Stand Anfang Geschäftsjahr €	Einstellungen aus dem Vorjahres- bilanzgewinn €	Einstellungen aus dem Jahresüber- schuss €	Entnahmen €	Stand Ende Geschäftsjahr €
Andere Gewinnrücklagen	232.413.700	16.777.734	–	–	249.191.434

B. Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen insgesamt

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Unfallversicherung	9.450	11.724
Haftpflichtversicherung	1.429.908.466	1.326.522.637
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	49.809.179	52.602.071
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	6.544.738	8.354.205
Kredit- und Kautionsversicherung	4.837.758	3.803.108
Sonstige Versicherungen	171.385.833	163.727.271
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	1.662.495.424	1.555.021.016
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1.662.495.424	1.555.021.016

B. II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – brutto

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Unfallversicherung	–	–
Haftpflichtversicherung	1.275.665.045	1.197.667.117
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	38.122.913	35.579.295
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	6.036.663	5.267.308
Kredit- und Kautionsversicherung	–1.478.631	–2.979.732
Sonstige Versicherungen	118.802.240	112.038.396
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	1.437.148.230	1.347.572.384
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1.437.148.230	1.347.572.384

Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen wurden von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von 22,5 Mio. Euro abgesetzt.

B. IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Verpflichtungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Haftpflichtversicherung	153.233.510	127.990.154
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	11.076.550	16.426.562
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	–	2.580.782
Kredit- und Kautionsversicherung	6.316.389	6.782.840
Sonstige Versicherungen	52.583.593	51.688.875
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	223.210.042	205.469.213

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	224.904.826	221.007.069
Gesamt	224.904.826	221.007.069

Die Anschaffungskosten der mit der Pensionsrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprechen dem Zeitwert und betragen 693.264 Euro. Der Zeitwert umfasst das Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich unwiderruflich zugeteilter Überschussanteile. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Pensionsrückstellung in Höhe von 225.598.090 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 27.596 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 8.867.878 Euro verrechnet.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (3,68 Prozent) ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (2,81 Prozent) ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 25.747.108 Euro. Dieser Unterschiedsbetrag ist für die Ausschüttung gesperrt.

C. III. Sonstige Rückstellungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Beihilfeverpflichtungen	76.551.255	68.071.627
Drohende Verluste	38.343.670	28.343.670
Vorsorge UBB	10.351.028	11.469.278
Jahresabschlusskosten	665.607	579.945
Jubiläumswendungen	380.739	27.000
Ausstehende Rechnungen	352.880	904.102
Urlaubsverpflichtungen/Gleitzeitguthaben	225.667	219.692
Altersteilzeit	126.624	373.546
Sonstige	1.897.034	4.025.103
Gesamt	128.894.504	114.013.963

Für **Beihilfeverpflichtungen** wurde die Rückstellung gemäß IDW RS HFA 30 n. F. mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre in Höhe von 2,81 Prozent (im Vorjahr: 3,22 Prozent) bewertet und in Höhe von 76.551.255 Euro unter den Sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

Die Anschaffungskosten der mit der Altersteilzeitrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 1.435.912 Euro und entsprechen dem Zeitwert. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Altersteilzeitverpflichtung in Höhe von 1.562.536 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 32.729 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 37.742 Euro verrechnet.

Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Auf Kapitalanlagen mit einem Nennbetrag von 101.746.256 Euro (davon gegenüber verbundenen Unternehmen 81.311.627 Euro) bestanden nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 93.967.602 Euro (davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 59.821.150 Euro).

Die Mitglieder der Verkehrsofopferhilfe e. V. haben dem Verein die für die Durchführung der Vereinszwecke erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Inanspruchnahme eines Mitglieds richtet sich nach seinem Anteil und den Gesamtbeitragseinnahmen der Mitglieder aus dem selbst abgeschlossenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgeschäft des jeweils vorletzten Kalenderjahres.

Als Mitglied des Allgemeinen Kommunalen Haftpflichtschaden-Ausgleichs (AKHA) hat das Unternehmen Haftpflichtentschädigungen, die die Mitglieder des Allgemeinen Kommunalen Haftpflichtschaden-Ausgleichs für Gebietskörperschaften zu leisten haben, anteilig mitzutragen (Haftungsausgleich der Mitglieder); eine Summenbegrenzung besteht nicht. Die Versicherungskammer Bayern kann nach § 17 der Satzung für bestimmte Wagnisgruppen mit unbegrenzter Deckung Nachschüsse erheben.

Die Versicherungskammer Bayern hat sich verpflichtet, entsprechend ihrem Beteiligungsverhältnis wirtschaftliche Nachteile, die der UBB Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH durch ihre Beteiligung an einer Unterbeteiligung am Kommanditanteil des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands ö. K. an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, entstehen, auszugleichen.

Aus dem zum 1. Januar 2017 geschlossenen Gewinnabführungsvertrag zwischen der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts sowie dem Genossenschaftsverband Bayern e. V. einerseits und der Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG andererseits folgt die gesetzliche Pflicht zur anteiligen Übernahme etwaiger Verluste dieser Gesellschaft.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a)–d) Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Gesamtes Versicherungsgeschäft	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Gebuchte Bruttobeiträge	224.640.680	215.244.079
Verdiente Bruttobeiträge	224.609.696	215.234.978
Verdiente Nettobeiträge	212.428.631	205.910.244

Gebuchte Bruttobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Unfallversicherung	264.195	239.350
Haftpflichtversicherung	131.593.292	125.051.452
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	26.467.731	25.710.364
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	23.615.389	22.606.547
Kredit- und Kautionsversicherung	2.900.095	2.903.615
Sonstige Versicherungen	39.799.978	38.732.751
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	224.640.680	215.244.079
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	224.640.680	215.244.079

Verdiente Bruttobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Unfallversicherung	264.200	239.378
Haftpflichtversicherung	131.571.505	125.048.696
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	26.468.563	25.707.237
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	23.605.355	22.603.301
Kredit- und Kautionsversicherung	2.900.095	2.903.615
Sonstige Versicherungen	39.799.978	38.732.751
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	224.609.696	215.234.978
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	224.609.696	215.234.978

Verdiente Nettobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Unfallversicherung	253.538	231.014
Haftpflichtversicherung	126.710.631	121.102.993
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	24.370.847	25.085.296
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	22.645.801	21.758.135
Kredit- und Kautionsversicherung	2.676.663	2.876.190
Sonstige Versicherungen	35.771.151	34.856.616
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	212.428.631	205.910.244
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	212.428.631	205.910.244

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	Geschäftsjahr Anzahl/ Verträge	Vorjahr Anzahl/ Verträge
Unfallversicherung	2.364	2.441
Haftpflichtversicherung	15.569	15.678
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	90.057	89.000
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	78.744	77.456
Kredit- und Kautionsversicherung	105	107
Sonstige Versicherungen	2.570	2.527
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	189.409	187.209

I. 2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft berechnet sich der technische Zinsertrag aus der Rentendeckungsrückstellung unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses von 0,9 Prozent aus dem arithmetischen Mittel des Anfangs- und Endbestands der Rückstellungen.

I. 4. Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Unfallversicherung	–	3.961
Haftpflichtversicherung	–140.938.982	–132.135.181
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	–20.262.980	–22.492.513
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	–20.032.006	–17.010.912
Kredit- und Kautionsversicherung	–2.126.547	–2.184.356
Sonstige Versicherungen	–23.571.976	–19.197.879
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	–206.932.491	–193.016.880
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	–206.932.491	–193.016.880

Im Geschäftsjahr ergab sich ein positives Abwicklungsergebnis in Höhe von 13,4 Mio. Euro.

I. 7. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Abschlussaufwendungen	–8.527.254	–7.909.177
Verwaltungsaufwendungen	–12.549.016	–11.495.460
Gesamtes Versicherungsgeschäft	–21.076.270	–19.404.637

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Unfallversicherung	-44.905	-43.954
Haftpflichtversicherung	-8.920.181	-6.983.820
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	-4.208.118	-4.515.760
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	-3.747.831	-4.035.801
Kredit- und Kautionsversicherung	-355.811	-324.688
Sonstige Versicherungen	-3.799.424	-3.500.614
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-21.076.270	-19.404.637
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-	-
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-21.076.270	-19.404.637

I. 11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Unfallversicherung	204.010	176.735
Haftpflichtversicherung	-42.480.882	-43.965.119
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	4.522.531	-610.313
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	1.404.397	944.421
Kredit- und Kautionsversicherung	660.756	-79.384
Sonstige Versicherungen	9.108.345	12.605.985
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-26.580.843	-30.927.675
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-	-
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-26.580.843	-30.927.675

Rückversicherungssaldo

Anteil der Rückversicherer an den	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
verdienten Beiträgen	-12.181.065	-9.324.734
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	5.710.983	3.560.898
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.010.359	622.447
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-5.459.723	-5.141.389

Der Rückversicherungssaldo teilt sich wie folgt auf:

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Unfallversicherung	-10.662	-8.363
Haftpflichtversicherung	561.935	-1.090.124
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	-2.584.683	284.295
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	-863.792	-829.609
Kredit- und Kautionsversicherung	-223.433	-27.425
Sonstige Versicherungen	-2.339.088	-3.470.163
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-5.459.723	-5.141.389

II. 4. Sonstige Aufwendungen

In dieser Position sind Erträge aus der Abzinsung in Höhe von 9.687 Euro enthalten.

Anhang

Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Bei der Versicherungskammer Bayern waren im Jahr 2017 durchschnittlich 70 Mitarbeiter beschäftigt.

Nach Art. 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Freistaates Bayern wurden die zum Stichtag 30. Juni 1995 für die Versicherungsanstalten Bayerische Landesbrandversicherung AG, Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG und Bayerische Beamtenkrankenkasse AG tätigen Beamten des Freistaates Bayern zur weiteren unmittelbaren Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Versicherungskammer Bayern beurlaubt.

Die Beamten werden aufgrund einer Vereinbarung mit den Tochterunternehmen gegen Erstattung der laufenden Aufwendungen bei diesen eingesetzt.

Mitarbeiter	Geschäftsjahr	Vorjahr
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	60	72
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	8	10
Angestellte Außendienstmitarbeiter	2	2
Gesamt	70	84

Provisionen und Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-8.333	-8.027
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-15	-18
3. Löhne und Gehälter	-7.497	-6.850
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-585	-576
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-14.554	-5.796
6. Aufwendungen insgesamt	-30.984	-21.267

Gesamthonorar Abschlussprüfer

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Abschlussprüfungsleistungen	-201.616	-126.013
Bestätigungsleistungen	-51.864	-92.542
Sonstige Leistungen	-215.381	-90.323
Gesamt	-468.861	-308.878

Die Abschlussprüfungsleistungen umfassten die Jahresabschlussprüfung, die Konzernabschlussprüfung sowie die Prüfung der Solo-Solvabilitätsübersicht und der Gruppen-Solvabilitätsübersicht.

Es wurden Sonstige Leistungen für rechnungslegungsbezogene Beratungen, wie z. B. projektbegleitende Prüfung, Schulungen, Bewertungsleistungen für eine vom Unternehmen vorgelegte Bewertung sowie Qualitätssicherungen für das interne Kontrollsystem, vorgenommen.

Gremien

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Kapitel „Gremien“ vor dem Lagebericht aufgeführt.

Die Bezüge des Vorstands lagen im Geschäftsjahr für die Versicherungskammer Bayern bei 988.935 Euro, an ehemalige Mitglieder des Vorstands wurden 298.879 Euro gezahlt. Die Rückstellungen für Pensionen der ehemaligen Mitglieder des Vorstands beliefen sich zum Jahresende auf 21.738.061 Euro.

Die Aufwendungen für den Verwaltungsrat beliefen sich auf 374.864 Euro, die Aufwendungen für die Beiratsgremien auf 250.093 Euro.

Konzernzugehörigkeit

Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, ist Mutterunternehmen des Konzerns Versicherungskammer und stellt den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen auf.

Der nach § 291 Abs. 1 HGB befreiende Konzernabschluss und -lagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Konzernabschluss ist außerdem am Firmensitz der Versicherungskammer, Maximilianstraße 53, 80530 München erhältlich und steht auf www.vkb.de zur Verfügung.

Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

	Geschäftsjahr €
Jahresüberschuss	132.301.000
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	–
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	–
Bilanzgewinn	132.301.000

Der Vorstand schlägt vor, vom Bilanzgewinn in Höhe von 132.301.000 Euro einen Betrag in Höhe von 89.594.966 Euro an die Träger des Grundkapitals auszuschütten und einen Betrag in Höhe von 42.706.034 Euro in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

München, den 22. Februar 2018

Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorstand



Dr. Walthes



Schick



Dr. Benzing



Dr. Heene



Leyh



Pfaller



Dr. Seitz



Dr. Spieleder

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die nichtfinanzielle Erklärung, die in Abschnitt „Nichtfinanzielle Erklärung“ im Lagebericht enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung.
- Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft im Abschnitt Marktrisiko.

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von EUR 2.081,7 Mio. (45,2 % der Bilanzsumme) aus.

In Bezug auf die Buchwerte besteht bei den Kapitalanlagen das grundsätzliche Risiko, dass der beizulegende Wert zum Bilanzstichtag unterhalb des Buchwertes liegt und eine gegebenenfalls erforderliche Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert unterbleibt.

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen liegt insbesondere ein erhöhtes Risiko vor, da für diese die beizulegenden Werte nicht aus aktiven Märkten am Bilanzstichtag abgeleitet werden können. Die Ermittlung der beizulegenden Werte dieser Anteile ist komplex und hinsichtlich der getroffenen Annahmen in hohem Maße von Einschätzungen und Beurteilungen der Gesellschaft abhängig. Dies gilt insbesondere für die Schätzung der künftigen Zahlungsströme und langfristigen Wachstumsraten, die Ermittlung der Kapitalisierungszinssätze sowie für die Einschätzung der Dauerhaftigkeit der Wertminderung.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei der Prüfung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen haben wir als Teil des Prüfungsteams auch Unternehmensbewertungsspezialisten eingesetzt und die folgenden wesentlichen Prüfungshandlungen vorgenommen:

- Wir haben für eine Auswahl von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen die Angemessenheit der jeweils verwendeten Bewertungsmethodik und der wesentlichen Annahmen beurteilt.
- Soweit der beizulegende Wert anhand des Ertragswertverfahrens ermittelt wurde, haben wir für eine Auswahl von Anteilen an verbundenen Unternehmen, die alle wesentlichen operativen Tochterunternehmen umfasste, die erwarteten Zahlungsströme sowie die unterstellten langfristigen Wachstumsraten mit den Planungsverantwortlichen erörtert. Darüber hinaus haben wir die Konsistenz der Bewertungsannahmen mit externen Markteinschätzungen beurteilt. Erhaltene Erläuterungen und Unterlagen haben wir gewürdigt.
- Ferner haben wir uns von der bisherigen Prognosegüte der Gesellschaft überzeugt, indem wir Planungen früherer Geschäftsjahre mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen verglichen und Abweichungen analysiert haben.
- Die dem Kapitalisierungszinssatz zugrunde liegenden Annahmen und Parameter, insbesondere den risikofreien Zinssatz, die Marktrisikoprämie und den Betafaktor, haben wir mit eigenen Annahmen und öffentlich verfügbaren Daten verglichen. Um der bestehenden Prognoseunsicherheit Rechnung zu tragen, haben wir darüber hinaus mögliche Veränderungen des Kapitalisierungszinssatzes, der erwarteten Zahlungsströme bzw. der langfristigen Wachstumsrate auf den beizulegenden Wert untersucht (Sensitivitätsanalyse), indem wir alternative Szenarien berechnet und mit den Bewertungsergebnissen der Gesellschaft verglichen haben. Zur Sicherstellung der rechnerischen Richtigkeit des verwendeten Bewertungsmodells haben wir die Berechnungen der Gesellschaft auf Basis risikoorientiert ausgewählter Elemente nachvollzogen.
- Für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, deren Zeitwert mittels eines Substanzwertverfahrens bzw. Net-Asset-Value-Verfahrens durch Externe (z. B. Fondsmanager) ermittelt wurde, haben wir für eine Auswahl die beizulegenden Werte mit den bei der Gesellschaft verfügbaren Informationen unter Berücksichtigung der Kapitalveränderungen bis zum Bilanzstichtag abgestimmt. Soweit der Net-Asset-Value durch die Gesellschaft selbst ermittelt wurde, haben wir für eine Auswahl die Wertermittlungen und insbesondere die wesentlichen Annahmen bzw. Parameter (z. B. Diskontierungszins) geprüft.
- Ferner haben wir geprüft, ob die Abschreibungen und die Zuschreibungen zutreffend vorgenommen wurden.

Unsere Schlussfolgerungen

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen steht insgesamt im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorschriften. Die verwendeten Bewertungsmethoden, Annahmen und Parameter sind insgesamt angemessen.

Bewertung der nicht notierten Sonstigen Ausleihungen

Die nicht notierten Sonstigen Ausleihungen betreffen im Wesentlichen den Bestand der Bilanzposten Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt Punkt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft im Abschnitt Marktrisiko.

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von EUR 461,9 Mio. aus.

Der beizulegende Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt zum Bilanzstichtag EUR 556,2 Mio.

Die nicht notierten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen werden entweder zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. In Bezug auf die Buchwerte besteht bei diesen Kapitalanlagen, bei denen der beizulegende Wert bzw. der beizulegende Zeitwert zum Bilanzstichtag unterhalb des Buchwertes liegt, das grundsätzliche Risiko, dass diese Werte nicht zutreffend ermittelt werden und daher eine voraussichtliche dauernde Wertminderung nicht erkannt wurde und eine Abschreibung daher unterbleibt oder bei einer Wertaufholung eine Zuschreibung unterbleibt oder nicht in erforderlichem Umfang vorgenommen wird.

Ein erhöhtes Risiko liegt hierbei insbesondere vor, da keine notierten Preise für identische Wertpapiere und Forderungen auf aktiven Märkten verfügbar sind. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt deshalb anhand von Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung von am Markt beobachtbaren Parametern. Diese Parameter sind ermessensbehaftet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte durch die Auswahl und Ableitung von am Markt beobachtbaren Parametern ist komplex. Das Risiko für den Abschluss wird umso größer, je mehr Parameter einfließen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfung der Bewertung dieser Kapitalanlagen beinhaltete insbesondere folgende wesentliche Tätigkeiten:

- Wir haben den Prozess der Überprüfung der Bewertungsparameter (Spreads der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen) einschließlich der hierzu eingerichteten Kontrollen auf Wirksamkeit geprüft.
- Im Rahmen von Einzelfallprüfungen haben wir uns von der korrekten Erfassung der Bestandsdaten im Bestandsführungssystem überzeugt.
- Zudem wurden die verwendeten Parameter mit am Markt beobachtbaren Parametern verglichen. Wir haben die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsmodelle sowie die Ermittlung der in die Bewertung einfließenden Annahmen und Parameter geprüft.
- Darüber hinaus haben wir für eine Auswahl von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen eigene Berechnungen vorgenommen und mit den von der Gesellschaft angesetzten Werten verglichen.
- Wir haben überprüft, ob die bilanzielle Folgebewertung aufgrund der Zeitwertermittlung zutreffend umgesetzt wurde.

Unsere Schlussfolgerungen

Die verwendeten Bewertungsmodelle, Annahmen und Parameter sowie die Folgebewertung sind insgesamt angemessen.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Schaden-/Unfall-Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft im Abschnitt Versicherungstechnisches Risiko aus der Schaden- und Unfallversicherung.

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss eine Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von EUR 1.437,1 Mio. (rd. 31,2 % der Bilanzsumme) aus.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus verschiedenen Teilschadenrückstellungen zusammen. Die Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle machen den wesentlichen Teil der gesamten Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle aus.

Die Bewertung der Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Unsicherheit besteht insbesondere bei den lang abwickelnden Sparten, wie Haftpflicht, in Bezug auf die Dauer der Schadenentwicklung. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des allgemeinen (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB) sowie des besonderen bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Das Risiko für den Abschluss besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese bei der Rückstellungsbildung nicht berücksichtigt werden bzw. eine Rückstellung nicht in ausreichender Höhe gebildet wird.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei der Prüfung der Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuarien eingesetzt und im Wesentlichen folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns davon überzeugt, dass die Kontrollen mit denen die zeitnahe Bearbeitung von Versicherungsfällen und somit die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, geeignet aufgebaut waren und wirksam durchgeführt wurden.
- Für einen Teilbestand von Versicherungsfällen haben wir die Höhe einzelner Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnungsmethoden der Gesellschaft zur Ermittlung der unbekanntem Spätschäden geprüft. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der zu erwartenden Zahlungen für unbekanntem Spätschäden auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen zur Überprüfung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (bekannt und unbekannt) für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung bestimmt und diese mit den Berechnungen der Gesellschaft und der gebuchten HGB-Rückstellung verglichen.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse auf Hinweise nicht ausreichend vorsichtiger Rückstellungsbildung analysiert. Anhand von Zeitreihenvergleichen insbesondere von Schadenstückzahlen und durchschnittliche Schadenhöhen sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

Unsere Schlussfolgerungen

Das Vorgehen zur Bewertung der Brutto-Rückstellungen für bekannte und unbekanntere Versicherungsfälle steht im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben. Die der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen sind insgesamt angemessen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die nichtfinanzielle Erklärung und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Verwaltungsratsitzung vom 23. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 15. November 2017 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1995 als Abschlussprüfer der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Stefanie Abt.

München, den 20. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Abt	Röder
Wirtschaftsprüferin	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Wir haben die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund regelmäßiger Berichte fortlaufend überwacht und uns in mehreren Sitzungen über die Geschäftslage unterrichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir geprüft; Beanstandungen ergaben sich nicht. Wir schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, an. Sie hat dem vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss billigen wir. Er ist damit festgestellt.

Mit Wirkung zum 1. Mai 2017 wurden Herr Dr. Matthias Everding und Herr Franz Wittmann in den Verwaltungsrat bestellt. Herr Jürgen Wittmann wurde mit Wirkung zum 1. Juni 2017 in den Verwaltungsrat bestellt. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2017 wurde Herr Jürgen Schäfer in den Verwaltungsrat bestellt.

Mit Wirkung zum Ablauf des 30. April 2017 schieden Herr Karl Novotny, Herr Werner Schmiedeler und Herr Dieter Seehofer aus dem Verwaltungsrat aus. Herr Thomas Feußner schied mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2017 aus dem Gremium aus. Der Verwaltungsrat hat den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Tätigkeit im Gremium seinen Dank ausgesprochen.

München, den 22. März 2018

Für den Verwaltungsrat



Dr. Netzer

Impressum

Herausgeber

Konzern Versicherungskammer
Maximilianstraße 53, 80530 München
Telefon (0 89) 21 60-0
Telefax (0 89) 21 60-27 14
service@vkb.de
www.vkb.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion

Rechnungswesen

Gestaltung/Produktion

wirDesign Berlin Braunschweig

Druck

Rapp-Druck GmbH, Flintsbach

Konzern Versicherungskammer

Maximilianstraße 53 | 80530 München

Telefon (0 89) 21 60-0 | Telefax (0 89) 21 60-27 14

service@vkb.de | www.vkb.de